Anzeigenpreise:
Die achtgespaltene Zeile 40 ₰
Inserate für auswärts . 50 ₰
Arbeitsmarkt- und
Wohnungsanzeigen . 20 ₰
Die 3-gesp. Reklamezeile 150 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unsern Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen monatlich 2,00 ℳ
vierteljährlich 6,00 ℳ
Durch d. Post bez. außerd.
Zustellgebühr monatl. 30 ₰
Einzelnummern . . . . 15 ₰
Postscheckkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion:
Spendhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition:
Spendhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 242 | Freitag, den 17. Oktober 1919 | 10. Jahrgang

Der Streik in Berlin.

Revolutionäre Phraseologie.

„Wir stehen nicht auf dem Standpunkt des Erfurter Programms, sondern gehen auf die revolutionären Grundsätze zurück, die Marx und Engels im Jahre 1847 im Kommunistischen Manifest propagiert haben“ — damit brüsten sich sozusagen die Kommunisten und sie rechtfertigen damit auch den Parteinamen, den sie sich zugelegt haben. Da sie sich aber in ihren Reden schlauerweise nicht auf die Unterschiede der beiden Programme einlassen, kann man ihnen leider auf diesem Boden nicht ins einzelne folgen.

Wir müssen uns also mit der Frage begnügen: Mit welchem Recht verwerfen die „vorwärtsstürmenden, revolutionären Proletarier der gegenwärtigen Zeit“ ein 27 Jahre altes, in der Hauptsache noch völlig aktuelles Arbeiterprogramm, um auf ein 70 Jahre altes, von seinen Verfassern (im Vorwort vom Jahre 1872) selbst als nicht mehr zureichend bezeichnetes Aktionsprogramm zurückzugehen? Was veranlaßte sie, ein historisch gewordenes Werk als Panier vor sich her utragen, es als eine Schablone zu betrachten, an der nichts geändert werden darf? Und noch dazu, um das gleich vorweg zu nehmen, durchaus gegen die Absicht seiner Verfasser, die in dem eben erwähnten Vorwort sagen: „Die praktische Anwendung der im Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze erklärt das Manifest selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen“ — und „Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünfundzwanzig Jahren, und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum ersten Male zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“ — Seit damals sind wieder 47 Jahre vergangen. Wenn Marx die heutigen Kommunisten erlebt hätte, würde er in seiner bekannten kräftigen Ausdrucksweise sich für die ehrlichen Elemente unter ihnen sicher nicht mit der Bezeichnung „Toren und Narren“ begnügt haben.

Marx und Engels haben nicht für nötig gehalten, im einzelnen zu bezeichnen, was im Kommunistischen Manifest veraltet sei. Es lag für alle Denkenden klar am Tage. Eine der aufgegebenen Hoffnungen war die auf eine gewaltsame blutige Erhebung der Arbeiterklasse. Die wachsende Macht der organisierten Arbeiterschaft hatte dieser schon im heutigen Staate die Möglichkeit gegeben, ihre Lage zu verbessern und so um so wirksamer für den wirtschaftsgesetzlich nicht aufzuhaltenden Sozialismus zu arbeiten und sich auf denselben vorzubereiten. War doch Engels selbst so ein „elender kleinlicher Erfolgpolitiker“ (nach kommunistischer Ausdrucksweise) geworden, daß er am Schlusse der Vorrede von 1890 wünscht, Marx hätte den Internationalen Kongreß von 1889 und dessen Proklamation des gesetzlich festzustellenden achtstündigen Normalarbeitstages erlebt. — Nach den Kommunisten aber war die zweite, von Marx begründete Internationale eine Liga der Lüge und des Arbeiterverrats.

Die Frage, mit welchem Recht sich die Kommunisten aufs Kommunistische Manifest berufen, ist also zu beantworten: Mit keinem! Und die Frage, warum sie das tun, damit, daß diese „autoritätslosen, selbstdenkenden“ Geister eine Autorität brauchen für ihre gewalttätigen Grundsätze und großen Worte. Da sie ausgesprochenermaßen die Leute, die sich bisher noch nie um die Arbeiterbewegung gekümmert oder als Gelbe gegen sie gearbeitet haben, organisieren wollen gegen die gebildeten fortgeschrittenen Arbeiter, die sich seit Jahrzehnten in Partei und Gewerkschaften organisiert und um die Hebung ihrer Klasse verdient gemacht haben, so benutzen sie hierzu, da sie nichts besseres haben, die durch den Gang der Ereignisse überwundenen Sätze einer berühmten Schrift. Sie sind reaktionäre Konterrevolutionäre.

Stellen wir noch in Kürze fest, welcher Unterschied besteht zwischen dem von den Kommunisten angenommenen Manifest und dem von ihnen verworfenen Erfurter Programm. Die Sache liegt sehr einfach. In letzterem ist alles enthalten, direkt und indirekt, was zur Zeit seiner Abfassung vom Inhalt des Manifests noch wichtig, richtig und zeitgemäß war, während alles weggelassen wurde, was veraltet und überlebt war und was jetzt von den Kommunisten aus dem politischen Müll herausgeklaubt wird. Marx konnte sich über das gegen das Manifest in der Form gemäßigte Erfurter Programm nicht auslassen, da es erst drei Jahre nach seinem Tode geschaffen wurde, jedoch Engels hat es voll anerkannt und aus vielen seiner Aeußerungen geht hervor, daß er für unzeitgemäß und überwunden im Kommunistischen Manifest nicht die dort vorgeschlagenen sachlichen Bestrebungen hielt, die auch heute noch in der Hauptsache gelten und die nach den Verfassern ja auch nur „allmählich“, „nach und nach“ durchzuführen seien, sondern die „revolutionären“ Hoffnungen, Befürchtungen und Drohungen, die starken Worte, die man den Regierungen und gegnerischen Parteien entgegenschleuderte, um sie vor der proletarischen Revolution zittern zu machen. Alles dies wurde damals als nötig befunden; nicht allein um die Herrschenden über die Schwäche der damaligen Kommunistischen Partei hinwegzutäuschen, sondern vor allem, um die damals in ihrer Masse noch schlafende Arbeiterschaft aufzurütteln, ihr die eigene Macht, von der sie in der Hauptsache noch gar keine Ahnung hatten, klar zu machen. Das Kommunistische Manifest war ja das erste auf einer geschichts- und wirtschaftswissenschaftlichen Grundlage aufgebaute revolutionäre Programm der Arbeiterklasse — alles frühere war doch nur Unklarheit und Utopisterei gewesen. In der Freude um den endlich gefundenen, in den Hauptzügen richtigen Weg zur Emanzipation der Arbeiterklasse durfte man schon etwas überschwenglich reden, obwohl man davon, wie sich die Dinge in der nächsten Zukunft abwickeln würden, nur ganz unbestimmte Vorstellungen besaß.

Aber gerade die revolutionäre Phraseologie, von ihren Verfassern schon seit 1872 als unhaltbar erkannt, wird von den Kommunisten für ihre reaktionären Zwecke wieder ausgegraben. Gerade diese können sie brauchen für ihr rückständiges, an vielen Orten zum Teil dem Lumpenproletariat angehörendes Publikum (die Anarchisten nannten es seinerzeit den „fünften Stand“), das sie gegen die moderne Arbeiterbewegung, gegen den siegreich vorschreitenden Sozialismus aufputschen wollen. Wenn nur die geplante „zweite“ Revolution nicht ihre eigenen Kinder und Verkünder verschlingt. Noch nie hat es denen etwas genutzt, die die Elemente der Nacht gegen die des Tages in Bewegung gesetzt haben.

Streikfieber in Berlin.

Das Berliner Wirtschaftsleben wird augenblicklich wieder von großen Streiks erschüttert. Seit Wochen streiken bereits die Berliner Metallarbeiter, ohne daß es bisher zu einer Einigung gekommen ist. Nach einer heutigen Meldung sind neue Verhandlungen angeknüpft.

Berlin, 16. Okt. (W. T. B.) Bei den heutigen Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie wurde der letzte Vermittelungsvorschlag des Reichsarbeitsministers nochmals eingehend erörtert. Es wurde eine neue Verhandlungsgrundlage in Aussicht genommen. Beide Parteien werden bis Freitag, abends 6 Uhr, dem Reichsarbeitsminister ihre endgültige Stellungnahme mitteilen.

Die Lage drohte für Berlin dadurch kritisch zu werden, indem die 15erKommission auch dieArbeiter derElektrizitätswerke zum Streik bewegen wollte. Diese Streikaufforderung wurde jedoch von der Sozialdemokratie lebhaft bekämpft, da nach ihrer Meinung die Elektrizitätsarbeiter selbst abstimmen sollen, ob sie sich am Streik beteiligen. Die „D. Z.“ meldet heute früh, daß dieStreikaufforderung der 15er Kommission keine große Wirkung ausgeübt hat.

Am Nachmittag sah es an einigen Stellen kritisch aus, es gelang aber den Mehrheitssozialisten, die Streiklustigen von der Niederlegung der Arbeit abzuhalten. Gestreikt wurde lediglich in den Charlottenburger Werken, doch hat die Einwohnerschaft von Charlottenburg nichts davon gemerkt, da nach dem Abzuge der Arbeiter die Beamten einen Notbetrieb aufrecht erhielten. In einigen Straßen versagte gegen 6 Uhr das Licht, die Dunkelheit dauerte aber nur eine Stunde, da gegen 8 Uhr im Einverständnis mit dem Magistrat Charlottenburg die technische Nothilfe eingriff und für die Beleuchtung der Stadt sorgte.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Aufruf der 15er Kommission an die Heizer und Maschinisten, der auch an sämtliche BerlinerElektrizitätsarbeiter erlassen worden ist, unverzüglich die **Arbeit niederzulegen**. Nach der „Freiheit“ ist die Ursache dieses Beschlusses erstens die Weigerung derUnternehmer, auf Grund des letztenEinigungsvorschlages des Reichsarbeitsministers zu verhandeln und zweitens das Einsetzen der technischen Nothilfe in Charlottenburg.

„Lokalanzeiger“ und „Tageblatt“, die gestern wegen des Maschinisten- und Heizerstreiks nicht gedruckt werden konnten, sind heute wieder erschienen.

Streik der Bürohilfsarbeiter.

WegenGehaltsforderungen sind auch dieBürohilfsarbeiter des Magistrats in den Streik getreten. Die von ihnen geforderte einmalige Entschuldungsbeihilfe war vom Schlichtungsausschuß abgelehnt worden. Auch über die Frage des Mitbestimmungrechts und der Monatsgehälter konnte bis zur Stunde eine Einigung nicht erzielt werden.

Sympathiestreik der Friedhofsarbeiter.

In Neukölln traten die Friedhofsarbeiter in einen Sympathiestreik zugunsten der Bürohilfskräfte des Magistrats ein. Infolgedessen konnten Mittwoch und Donnerstag die angesetzten Beerdigungen nicht stattfinden.

Abflauen des Streiks.

Berlin, 17. Okt. (W. T. B.) Der Streik der Berliner Bürohilfskräfte ist im Abflauen. Die Streikenden werden, wie angenommen wird, die Arbeit heute in großer Zahl wieder aufnehmen.

Tarifvertrag im Zeitungsgewerbe.

Zur Tarifbewegung im Berliner Zeitungsgewerbe wird jetzt mitgeteilt, daß am 10. Oktober der Spruch des Schlichtungsausschusses erging. Die für beide Parteien verbindlich gewordenen Festsetzungen sind rechtsgültig bis zum 31. März 1920 abgeschlossen.

Endlich.

Berlin, 17. Okt. Am nächsten Dienstag und Mittwoch werden die ersten öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung stattfinden. Zuerst will man sich mit dem gescheiterten Friedensvermittlungsangebot Wilsons vom Januar 1917 beschäftigen. Als Zeuge in dieser Angelegenheit wird der ehemalige deutsche Botschafter in Washington Graf Bernstorff vernommen werden.

Endlich tritt der Untersuchungsausschuß also doch zusammen. Wir wollen hoffen, daß er rasche und gründliche Arbeit leisten wird. Die Veröffentlichungen der letzten Wochen haben das Schuldkonto der früheren deutschen Machthaber so belastet, daß das deutsche Volk diese Missetäter nicht noch immer frei herumlaufen sehen will. Gerade jetzt wird von der Regierung ein Aufruf verbreitet, der auch beweist, in welch fürchterlicher Weise der deutsche Militarismus in Frankreich gehaust hat.

Aufruf betreffend Zerstörung französischer Bergwerke

Gelegentlich der vor kurzem stattgehabten Besichtigungen der nordfranzösischen Kohlengruben durch deutsche und französische Bergsachverständige hat sich erneut herausgestellt, daß die genaue Kenntnis der während des Krieges an den Schachtanlagen, insbesondere an den Schachtröhren, vorgenommenen Zerstörungen unerläßliche Vorbedingung für den Wiederaufbau der Gruben bildet. Der größte Teil der amtlichen Aufzeichnungen über die Art und den Umfang der Zerstörungen — soweit solche überhaupt vorhanden waren — ist bei dem Rückzuge der deutschen Truppen im Herbst 1918 verloren gegangen. Die Wiederherstellung der französischen Kohlengruben ist sowohl für das französische als auch für das deutsche Wirtschaftsleben von einschneidendster Bedeutung und muß daher mit allergrößter Beschleunigung betrieben werden. Hierzu ist erforderlich, daß die Unterlagen über die Zerstörungen tunlichst schnell und lückenlos gesammelt und ausgewertet werden. Alle Personen, die irgendwelche zweckdienlichen Angaben über die Entstehung der Schäden, insbesondere über die Tiefe, in welcher die einzelnen Schächte gesprengt sind, über den **Erfolg der Sprengungen**, über die Menge des verwandeten Sprengstoffes, über **Beschädigungen** der Schächte durch **Hinabstürzen** von **Förderwagen**, **Munition** und dergl. machen können, werden daher gebeten, Mitteilungen hierüber zur Verfügung zu stellen. Mündliche und schriftliche Mitteilungen nimmt die mit der Sammlung des Materials betraute Reichsentschädigungskommission, Abteilung KEA. II, Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 entgegen.

Die deutschen Archive werden geöffnet.

Berlin, 16. Okt. (W. B.) Wie wir erfahren, steht die Veröffentlichung der deutschen amtlichen Dokumente zum Kriegsausbruch nunmehr unmittelbar bevor. Die Drucklegung der ersten Teile des mehrbändigen Werkes hat soeben begonnen. Die Sammlung erscheint unter dem Titel „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Charlottenburg und wird ungefähr 900 Aktenstücke enthalten.

An den Galgen!

Die „D. Z.“ meldet aus Stettin:

Auf einer Versammlung von Vertretern des Pommerschen Landbundes und des Bundes der Landwirte erklärte Herr v. **Wangenheim**, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, an Brotgetreide stehe uns bis jetzt **kaum ein Viertel des vorjährigen Bedarfs** zur Verfügung. Große Mengen seien über die Grenzen ins Ausland verschoben. Diesen verbrecherischen Handlungen könne nur durch eine **Erhöhung der Preise** auf den Stand des Weltmarktes begegnet werden.

Da zeigt sich wieder das landesverräterische Gebahren der Herren Agrarier, die in Verbindung mit einigen gewissenlosen Händlern das dem deutschen Volke so notwendige Getreide an das Ausland verschieben. Daß der Agrarierführer Wangenheim nur in einer Erhöhung der Preise die einzige Möglichkeit sieht, für eine Verhinderung der verbrecherischen Verschiebungen ist bezeichnend. Es ist gibt ein bessres Mittel, daß auch ein Führer der Danziger Konservativen kürzlich empfahl: Solche Lumpen gehören an den Laternenpfahl.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 16. Oktober.

100. Sitzung.

Nach mündlichem Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses betr. die Unterausschüsse, den Arbeitsplan usw. durch den Abg. Dr. Petersen (Dem.) werden die Anträge des Ausschusses angenommen. Das Arbeitsverfahren des Ausschusses hat folgende Gliederung erhalten: 1. Arbeitsüberweisung, 2. die Voruntersuchung, 3. das Hauptverfahren und 4. die Abfassung des Berichtes. Es sind folgende vier Unterausschüsse gebildet: a) Vorgeschichte des Krieges, b) Friedensmöglichkeiten, c) unzulässige militärische Maßnahmen und d) unzulässige wirtschaftliche Maßnahmen.

Es folgt die Interpellation Arnstadt betr. Einführung der Zensur für Lichtspiele, gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur, sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen.

Abg. Dr. Mumm (Dt. Nat.): Die Gefahr, die unserem Volke aus der Schundliteratur und den unzensurierten Lichtspielen droht, ist so groß, daß unter Hintansetzung aller Parteigegensätze sich eine Partei der anständigen Leute bilden müsse, die dagegen vorgeht. Der durchgängige Spielplan der Lichtspieltheater in Berlin und in der Provinz ist Volksverwüstung schlimmster Art. Das beste Mittel dagegen wäre die Konzessionierung; ich persönlich würde eine Sozialisierung für erwägenswert halten. Wären die Kinos nicht eine Einnahmequelle für die Kommunalsteuern?

Minister Dr. Koch: Ich lasse eine Novelle ausarbeiten über die Zensur für Kinotheater, die Ihnen alsbald zugehen wird. Das neue Kommunalisierungsgesetz wird den Gemeinden Mittel in die Hände geben, die Kinos in den Dienst der Volksbildung zu stellen und ihre Auswüchse zu unterdrücken. Schwieriger ist die Frage der Schundliteratur. Bevor wir an ein Gesetz herangehen, will ich umfangreiche Besprechungen mit Fachleuten abhalten. (Beifall).

Die Besprechung der Interpellation wird verbunden mit der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern. Abg. Hoch (Soz.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Minister Dr. Koch: Ich will mein Amt sachlich und ohne Voreingenommenheit üben. Auf die Dauer hängt das Volk nur dem an, der ihm Ordnung bringt. Unser Volk ist noch nicht gesundet, darum soll man ihm noch nicht neue Verfassungskämpfe bringen. Mit dem Reichswehrminister bin ich der Ueberzeugung, daß es an der Zeit ist, die Hütung der öffentlichen Ordnung aus den Händen des Militärs in die der bürgerlichen Polizei überzuführen. Zuerst soll eine Waffenpolizei geschaffen werden, sodann eine Kriminalpolizei, die über die Grenzen der Gliedstaaten hinausreicht. Die Aufgabe der Demokratie ist es ferner die Reichseinheit zu fördern. Der Weg zum Einheitsstaat ist frei. Diese Entwicklung kann ruhig und ohne Verletzung der Rechte der Länder vor sich gehen. Das Reich kann verlangen, daß jede wichtige Frage als Frage des Reiches behandelt werde, die Ausführung muß immer bei den Ländern und Kommunen liegen. Unter Berücksichtigung der Rechte der Beamten und unter Einführung ihrer Mitwirkung wird eine Vereinheitlichung der Verhältnisse der Beamten angestrebt werden müssen. Den Kulturaufgaben werden wir unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Die Vorarbeiten zur Schulgesetzgebung sind im Gange. Die Bestimmungen der Verfassung bezüglich der Schulfragen werden rücksichtslos durchgeführt werden. Die Jugendwohlfahrt soll gefördert werden, zumal in der Großstadt. Das Kommunalisierungsgesetz ist in der Arbeit. Fast ein Drittel der aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen Beamten konnten untergebracht werden. Ein Gesetz gegen den Alkoholmißbrauch wird vorbereitet. Ein Auswanderergesetz soll unsere Auswanderer draußen leiten und sie vor Ausbeutung schützen. In diesem Winter wird sich das Schicksal unseres Volkes entscheiden. Auf Jahre hinaus ist bei uns keine Regierung ohne Arbeiter möglich, aber auch keine Regierung nur aus Arbeitern. Wir Demokraten wollen versuchen, unserem deutschen Volke zu helfen. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Das Reichsministerium des Innern muß sich für die Wissenschaft einsetzen. Das Kommunalisierungsgesetz muß schleunigst kommen.

Abg. Zettler (Ztr.) tritt für vermehrte Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendpflege ein.

Abg. Nuschke (Dem.): Bis die staatliche Filmzensur kommt, muß die Filmindustrie selbst Zensur üben. Die Kinos sollen dazu benutzt werden, um zu belehren, im besten Sinne aufzuklären und zu bessern. In der Jugendwohlfahrtspflege muß eine gewisse Einheitlichkeit gemacht werden, besonders in den Fortbildungsschulen.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dnat.): Die Notwendigkeit der Teilung des Reichsministeriums des Innern war längst klar, aber jetzt ist die Teilung freilich etwas reichlich; der zweite Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ist überflüssig. Die Erledigung der Fragen der Kriegsentschädigung und der [illegible] müsse beschleunigt werden. Vorschüsse sind in ausreichendem Maße zu gewähren.

Minister Dr. Koch: Ich gebe zu, daß bei der Jugendpflege nicht zu viel zentralisiert werden darf. In den meisten Städten ist der Besuch von Kinos schon jetzt verboten; das mögliche soll geschehen um das Verbot durchzuführen. Die deutsche Bücherei soll unterstützt werden. Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag.

Rußland vor der Entscheidung.

Bolschewistische Rückzugsmanöver. — Die Menschewiki fordern Rückkehr zur Vernunft.

Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht eine Reihe von interessanten Mitteilungen aus Rußland, die direkt aus russischer Quelle über Helsingfors kommen. Danach machen die Bolschewisten jetzt verzweifelte Anstrengungen, um sich zu halten. Alle organisierten Mitglieder der kommunistischen Partei haben Befehl erhalten, sich innerhalb 24 Stunden marschbereit an die Front zu machen. Trotzki habe in [illegible] dringende Verfügungen erlassen, alle Soldaten, die noch an der Front bleiben, [illegible] und ein einheitliches Kommando aller Armeen eingesetzt. — [illegible] habe auf einer Versammlung früherer Offiziere in [illegible] [illegible], daß alle kommunistischen Kommissare von der Front abberufen werden und die Offiziere volle Handlungsfreiheit erhalten. Der 7. allrussische Rätekongreß ist einberufen worden. Man erwartet, daß die Bolschewisten die andern Parteien zur Einigung auffordern werden. Gleichzeitig ergehen Aufrufe an die französischen und englischen Arbeiter, ihre Regierungen zum Frieden mit Sowjetrußland zu veranlassen.

Die linkssozialistischen Revolutionäre bekennen sich offen zu den jüngsten Bombenattentaten. Ein Aufruf ihrer Partei erklärt, daß die Bolschewisten sich unfähig erwiesen haben, das wirtschaftliche Leben des Landes wiederherzustellen. Die Bauern seien sofort zur Teilnahme an der Regierung zuzulassen. — In der ersten Oktoberwoche seien 16 terroristische Akte gegen die Bolschewisten als Antwort auf den roten Terror gegen die Sozialrevolutionäre verübt worden. Unter den Toten befinde sich auch der Vizepräsident der außerordentlichen Kommission, Peters, der Führer der sogenannten Schreckensmänner. Die Menschewisten hingegen haben sich in einem Aufruf gegen jeden Terror, roten wie weißen erklärt.

In einem Aufruf zum bevorstehenden 2. Jahrestag des bolschewistischen Umsturzes fordern die Menschewiki das Proletariat auf, den Versprechungen der Kommunisten keinen Glauben mehr zu schenken. Den kommunistischen Gewalthabern rufen die Parteien zu: „Laßt ab vom Bürgertum! Laßt ab von Eurer sinnlosen Wirtschaftspolitik! Kommunismus läßt sich durch Gewalt nicht drängen! Sozialisieren kann man nur solche Industriezweige, die durch die kapitalistische Entwicklung schon hinreichend vereinigt sind: die Eisenbahn, Kohlengruben und Erdölindustrie! Entsozialisiert die von Euch erschlagene Industrie! Stellt die Freiheit des Handels wieder her unter staatlicher Aufsicht! Gebt den Genossenschaften volle Bewegungsfreiheit! Erkennt aber vor allem an, daß Ihr aus eigener Kraft nicht mit der Katastrophe fertig werden könnt. Hilfe kann nur von außen kommen, darum stellt Eure Auslandspolitik darauf ein!"

Die Bringer von Freiheit und Kultur.

Basel, 16. Okt. (W. B.) Seit dem 1. Oktober dürfen die elsaß-lothringischen Zeitungen mit Ausnahme des „Rhin Français" und des „Mühlhauser Tageblatt" nicht mehr in das Ausland versandt werden. Der „Rhin Français" wird von Wetterle geleitet, das „Mühlhauser Tageblatt" von einem Franzosen namens Malcu. Die Maßnahme dürfte mit der Stellungnahme der Blätter gegenüber der französischen Verwaltung zusammenhängen.

Mannheim, 16. Okt. (W. B.) Der Kommandant der marokkanischen Division in Ludwigshafen General Dangu, veröffentlicht in Frankenthaler Blättern ein Schreiben, in dem er den Vorfall in Ludwigshafen betreffend Ermordung eines 17jährigen Mädchens durch die französischen Soldaten bedauert. Die schuldigen Soldaten wurden verhaftet und werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Der Familie des Opfers ließ der General durch das Frankenthaler Bezirksamt sein tiefes Bedauern aussprechen. Zum Protest gegen das Vorkommnis stellten gestern mittag die Arbeiter der industriellen Betriebe von Frankenthal die Arbeit ein.

Kommunisten unter sich.

In der Festung Glatz gab es eines Tages einen Hungerstreik unter den dort in Schutzhaft sitzenden Kommunisten. Nach einiger Zeit wurde einer derselben entlassen und darauf von den anderen als Spitzel bezeichnet. Er rächte sich durch allerhand Enthüllungen, die er mangels einer anderen Zeitung unserem Breslauer Bruderblatt einsandte. Jetzt begann ein großes Abbürsten der verschiedenen kommunistischen Größen untereinander. In langen Briefen an die Breslauer „Volkswacht" machten die Beteiligten ihrem Herzen Luft. Was da alles ans Tageslicht befördert wurde, kann der Arbeiterbewegung im allgemeinen und den Kommunisten im besonderen wahrlich nicht zur Zierde gereichen. Wir wollen nur den letzten Brief eines Kommunisten Reimelt wiedergeben, der einen recht lehrreichen Ausschnitt aus dem Treiben dieser, zum Teil sehr dunklen Ehrenmänner gibt. Denn die Idealisten unter den Kommunisten stellen nur eine hoffnungslose Minderheit dar, die von gerissenen „Führern" mißbraucht wird. Herr Reimelt schreibt also der „Volkswacht":

„Ich kenne weder Horaczek noch Wolf persönlich. Wenn aber Michalsky diesen beiden Feigheit zum Vorwurf macht, so möchte ich der Gefolgschaft eines sein Lebtag noch nie gearbeitet habenden Michalsky nur klar machen, daß es keinen feigeren Komödianten gibt als solch grünen, unerfahrenen, sich „Volksführer" schimpfenden Gesellen wie Michalsky. Ist das vielleicht eine mutige Tat, Herr Michalsky, als Sie im Marine-Soldatenrat die Gelegenheit benutzten, um sich fünf Pelze anzueignen, die Sie ihren ehemaligen Kameraden bei ihrer Ankunft abknöpften? Oder ist es Mut, wenn Sie die Gelegenheit am Schopfe packten und sich sechsmal neu einkleiden ließen, während die von der Front abgerissen und verlaust kommenden Kameraden keine Sachen erhalten konnten? Erzählen Sie auch gelegentlich Ihren Zuhörern bei Ihren antipodischen Schlagwörtern, daß Sie nur deshalb „Volksführer" sein wollen, weil Ihnen die Arbeit stinkt? Waren Sie überhaupt schon einmal in einer Werkstatt? War es Mut von Ihnen, daß Sie die Massen am 12. Februar am Stadtgraben in den Tod hetzten und Sie sich drückten, um das ergaunerte Eintrittsgeld von der Zirkus-Busch-Versammlung unter sich zu teilen? Soll ich noch mehr „mutige" Taten von Ihnen und Ihrer Gefolgschaft bekanntgeben? Nennen Sie es Mut, wenn Sie geistloses Zeug anderer Faulenzer nachdreschen? Das ist weder Mut noch gar Betätigung, geschweige denn ehrliche Arbeit . . . Arme, betrogene Arbeitslose! Solche Führer sind, wenn sie ihre Taschen vollgepfropft haben, gar nicht weiter gefährlich, denn sie verduften sich bald, um anderswo der Faulenzerei zu frönen.

Herr Michalsky! Meine Freunde sind alles tüchtige, fleißige Menschen, die wissen, daß ich ein rücksichtsloser Draufgänger bin, wenn es heißt, für die produktive Arbeit etwas zu wagen. Sie aber sind ein Kommunist „für sich" und suchen Kommunisten zu machen, wobei Sie den Arbeitslosen den letzten Groschen aus der Tasche gezogen haben, damit Sie Ihr Drohnendasein fristen können. Wenn heute 20 Millionen Arbeiter gefragt würden, was ihnen lieber sei, ein Pfund Speck oder die Rückkehr Wilhelms II., so würden sie sich ohne weiteres für das erste entscheiden, und trotzdem versuchen Sie und andere Kommunistenführer, die Zufuhr des Speckes und anderer Lebensmittel zu unterbinden."

A. Reimelt.

Der Brief, den wir nicht in seinem ganzen Umfange abdrucken können, mahnt dann weiter Herrn Michalsky, nicht immer die „große Schnauze" zu führen und dann auszureißen, und schließt mit dem Wunsch, daß Herr Michalsky wenigstens einmal eine Woche lang den Mut zur Arbeit aufbringen würde, um so in der Lage zu sein, bei Sammlungen für verunglückte Kameraden auch nur einen Groschen selbstverdientes Geld zu spenden.

Die U. S. P. und die dritte Internationale.

Die Kreisversammlung der „Unabhängigen" im Wahlkreis Merseburg-Querfurt — in diesem Kreise hatten die Unabhängigen ihre größten Wahlerfolge — hat sich einstimmig für den sofortigen Austritt aus der zweiten Internationale, für den Anschluß an die dritte Internationale und gegen die Beteiligung an dem Genfer internationalen Kongreß ausgesprochen.

Wir halten das für konsequent. Die Mehrheit der „Unabhängigen" ist gegen die Demokratie und für das von dem „Unabhängigen" Kautsky treffend geschilderte System der Diktatur gewalttätiger roter Garden und bestechlicher Beamten, die am allerwenigsten das Proletariat schützen.

In die demokratische zweite Internationale gehört die Mehrheit der „Unabhängigen" also nicht hinein. In der dritten Internationale werden sie zwar beschimpft, aber als Anhänger der Sowjet-Idee müssen sie sich das eben gefallen lassen, wenn sie nicht auf alle internationalen Beziehungen verzichten wollen.

Sie sind wieder da!

Geschmückt mit einem schönen studentischer [illegible]artel findet sich in der „Kreuzzeitung" folgendes Inserat:

„Das Korps Borussia wird in Bonn mit Anfang des Wintersemesters wieder aufgenommen. Wir richten an alle A. H. und sonstigen Freunde die dringende Bitte, das Wachsen, Blühen und Gedeihen des Korps in dieser schwe[illegible]en zu unterstützen." (Folgen Namen.)

Daß die feudalen Herren der Borussia die Zeit als schwer empfinden, glauben wir ihnen gern. Denn unter der Republik wird sie nicht mehr ungestraft Eisenbahntransporte [illegible] Fensterscheiben demolieren und „Budenzauber" auf der Wohnung von Duellgegnern veranstalten dürfen. Außerdem fehlt der Monarch, der früher prompt begnadigte, wenn die Freisprechung eines angeklagten Bonner Borussen mit keinem Mittel mehr durchzudrücken war.

Vom Froschmäusekrieg zwischen Kommunisten und U. S. P.

Der Zeitzer „unabhängige" „Volksbote" berichtet tiefbewegt, daß in einer gutbesuchten Kommunistenversammlung in Zeitz Redakteur Rück über die „Bankrottpolitik der U. S. P." gesprochen habe. Er nannte die U.-S.-P.er Schaukelpolitiker und politischen Sumpf, und als ein „Unabhängiger" ihm antworten wollte, wurde er „Lump", „Spitzbube", „Lügner", „Verräter" und „vollgefressener Bonze" geschimpft und schließlich heruntergebrüllt. Besonders wütend waren die Kommunisten darüber, daß das Zeitzer „unabhängige" Blatt wegen der ewigen Schimpferei der Kommunisten auf die U. S. P. deren Versammlungsinserat abgewiesen hatte. Der Zeitzer „Volksbote" jammert über die gehässige Bekämpfung durch die Kommunisten. Die „Unabhängigen" rächen sich an den Kommunisten für den Boykott des Volksboten durch die Enthüllung, daß der kommunistische Parteisekretär in Zeitz das „unabhängige" Lager erst verlassen hat, als er dort weder einen Redakteurposten noch ein Stadtratsmandat erhielt. Die „Unabhängigen" werden von den „Kommunisten" ebenso unsachlich bekämpft, wie sie uns bekämpfen.

Aufreizende Hamsterspeicher in Brandenburg.

Nach dem „Berliner Tageblatt" hat die Potsdamer Feststellungskommission für Nahrungsmittellieferungen vor einigen Tagen ihre Tätigkeit im Kreise Ost-Prignitz und Neu-Ruppin begonnen. Die Landwirte und Bauern nahmen, als sie merkten, daß ihre Milch-, Butter- und Getreidevorräte geprüft wurden, eine derartig drohende Haltung ein, daß die Kommission gezwungen wurde, ihre Tätigkeit bis auf ein Mitglied einzustellen. Die Kommission hat aber wenigstens so viel festgestellt, daß auf den Ritter- und Bauerngütern enorme Vorräte lagern, die bis jetzt noch nicht erfaßt worden sind. Die Kommission wird sofort beim Ernährungsminister vorstellig werden.

U. S. P. für die Reichswehr.

Die Hamburger Bürgerschaft hat einen Antrag auf Bewilligung von 90 000 Mark zur Wahrnehmung des Hafensicherheitsdienstes durch die Reichswehr angenommen, dazu eine Resolution, daß das Bahrenfelder Jägerkorps nicht aufgelöst werden möchte. Sowohl für den Antrag, wie für die Resolution haben auch die Bürgerschaftsmitglieder der U. S. P. gestimmt! Das Organ der Unabhängigen in Hamburg, die „Volkszeitung", begründet diese Abstimmung folgendermaßen:

„Wahr ist an dieser Sache, daß auch laut Friedensvertrag wir Militär in Hamburg dulden müssen. Nun wurden wir vor die Frage gestellt, was das für Truppen sein sollen. Ehe wir nun landfremde Truppen herkommen lassen, deren Tätigkeit ja noch in aller Erinnerung ist — wir erinnern an die Bayern —, geben wir doch lieber den Bahrenfeldern, unter denen sich viele Hamburger befinden, den Vorzug. Wir haben von den beiden Uebeln das Beste gewählt, und zwar aus dem Grunde, weil wir wissen, daß diese Hamburger Truppen sich nicht so leicht zu einem monarchistischen Putsch, der von rechts kommt, gebrauchen lassen."

Dieser Zustimmung kann nur der Gedanke zu Grunde liegen, daß ohne die Reichswehr eben Ordnung und Sicherheit in den Hamburger Hafen nicht zu bringen waren. Jedenfalls haben die Unabhängigen für die Kosten der Reichswehr gestimmt, und wenn sie nun anderwärts wieder einmal dagegen losgehen sollten, dann wird man sich lächelnd an Hamburg erinnern.

Auflösung des französischen Großen Hauptquartiers.

Paris, 16. Okt. „Matin" meldet, daß das Große Hauptquartier am 20. Oktober gänzlich aufgelöst wird. Die Rheinarmee wird durch das Kriegsministerium verwaltet werden und militärisch Marschall Foch unterstehen. Ein Kriegsgebiet wird es nicht mehr geben.

Eine Schlappe der roten Armee.

London, 16. Okt. (Reuter.) „Times" melden von der Ostfront vom 12. Oktober: Die rote Armee in Ostturkestan wurde umzingelt und gezwungen, sich bedingungslos zu ergeben. Es wurden 35 000 Gefangene gemacht.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 242 | Freitag, den 17. Oktober 1919 | 10. Jahrgang

Das Wissen von der Verfassung.

In diesen Tagen erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine Schrift von Friedrich Stampfer: „Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus. Eine kritische Untersuchung der Reichsverfassung vom 11. August 1919.“ Die Schrift untersucht, welche Machtmittel die neue Verfassung der Arbeiterklasse für ihren Aufstieg zum Sozialismus an die Hand gibt. Wir geben nachfolgend die Schlußbetrachtungen wieder:

Es gehört zu den dunkelsten Kapiteln der Revolution, daß ein Teil der Arbeiterklasse genötigt war, gegen einen anderen Teil der Arbeiterklasse den Belagerungszustand in Bewegung zu setzen, um gegen ihn die Rechte zu schützen, die die Verfassung der Gesamtheit des arbeitenden Volkes verleiht. Jener irregeführte Teil der Arbeiterklasse muß einsehen lernen, daß ihm die Verfassung alle rechtlichen Wege offen läßt, seine Auffassung zur Geltung zu bringen, daß aber

mit Gewalt kein Durchkommen

ist. Würden die Unabhängigen und die Kommunisten heute erklären, daß sie zwar mit der Verfassung nicht einverstanden seien, aber versuchen wollten, die Verfassung auf gesetzlichem Wege, durch die Volksvertretung oder die direkte Volksabstimmung, zu ändern, so würde im selben Augenblick jede Einschränkung der freiheitlichen Grundrechte aufgehoben werden müssen — es sei denn, daß monarchistische Putschbestrebungen die Anwendung des Artikels 48 gegen die andere Seite, und zwar in seiner vollen Schärfe, notwendig machten.

Mögen die von der Sozialdemokratie abgefallenen Gruppen durch ihr Verhalten den Beweis erbringen, daß die Anwendung des Artikels 48 nicht mehr notwendig ist, dann wird das Rechtsgefühl des Volkes auf ihre Seite treten, wenn sie die volle Wiederherstellung der freiheitlichen Grundrechte verlangen. In einem solchen Kampf für die Freiheiten der Verfassung würden sie unwiderstehlich sein, im Kampf gegen sie, den sie heute leider noch führen, werden sie keine Lorbeeren ernten.

Wir sind damit am Schluß unserer Betrachtungen angelangt. Es war nicht ihr Zweck, die neue Verfassung der Deutschen Republik herauszustreichen oder denen, die sie gemacht haben, ein Loblied zu singen. Sondern wir wollten nüchtern und sachlich die Frage untersuchen, ob diese Verfassung wirklich, wie die Unabhängigen und die Kommunisten behaupten, ein Hindernis für den Aufstieg der Arbeiterklasse zum Sozialismus ist, das nur mit Gewalt aus dem Wege geräumt werden kann. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine solche Behauptung nur von Leuten aufgestellt werden kann, die sich noch nicht die Mühe genommen haben, die Bestimmungen der Verfassung kennen zu lernen.

Vereint wird die Masse des arbeitenden Volkes

mit den Machtmitteln dieser Verfassung alles erreichen

können. Gespalten und zersplittert kann sie nichts erreichen. Daran ist dann nicht die Verfassung schuld, sondern eben die Spaltung und die Zersplitterung. Gespalten und zersplittert wird die Arbeiterklasse ohnmächtig sein unter jeder Verfassung.

Es gilt also, **die Arbeiterklasse auf dem Boden der Verfassung zu einigen.** Auf dem Boden der Verfassung — das heißt nicht, daß die Arbeiter jede ihrer Bestimmungen als Heiligtum verehren und als ewig unabänderlich hinnehmen sollen, sondern es heißt, daß sie Aenderungen nur mit den Machtmitteln anstreben, die ihnen diese Verfassung selbst bietet. Diese Machtmittel sind groß, unendlich viel größer als jene Mittel der Scheinmacht, die ihnen von verblendeten Gewaltaposteln empfohlen werden.

Die Verfassung verwirklicht den Volksstaat, den das Programm der Sozialdemokratie fordert, für den zwei Arbeitergenerationen gekämpft haben, in dem die führenden Geister des Sozialismus stets das Mittel erblickten, den Emanzipationskampf des Proletariats bis zu dem Punkt zu bringen, von dem aus er mit friedlichen Mitteln bis zum Endsieg weitergeführt werden kann. Würde dieses Werk, statt fortgebildet, von sinnloser Gewalt wieder zerstört werden, so wäre das nicht der Sieg der Arbeiterbewegung, sondern ihr geistiger, moralischer und materieller Zusammenbruch für Jahrzehnte! Berge von Leichen im Bruderkampf Gefallener, Schutt- und Trümmerhaufen einer vernichteten Kultur würden den Weg dieses Zusammenbruchs bezeichnen.

Ein unsühnbares Verbrechen an der Arbeiterklasse

begehen diejenigen, die sie für Tatsachen blind machen wollen, um sie in eine Stimmung wilder Verzweiflung hineinzutreiben. Gewiß, das Volk hat im Kriege Grauenhaftes gelitten und leidet noch heute furchtbar unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse. Aber darf ihm das ein Grund sein, gegen sich selber zu wüten. **Ein Volk, das gegen die Demokratie die Faust erhebt, schlägt auf sich selber los, es handelt wie ein Wahnsinniger, nicht wie ein politisch reifes Volk.**

Wenn die Arbeiterklasse sich nicht selbst aufgeben will, dann muß sie sich wieder einigen auf dem Boden der Verfassung. Einigung auf dem Boden der Verfassung heißt: Fort mit dem Belagerungszustand! Schulung der Arbeiterklasse, im Gebrauch aller verfassungsmäßigen Machtmittel zur Fortführung ihres Klassenkampfes! Gemeinsames Bemühen, bei allen parlamentarischen Wahlen sozialistische Mehrheiten zu erzielen und als Reichspräsidenten nur einen zuverlässigen Vertrauensmann der Arbeiterklasse zuzulassen! Vereinbarungen über Gesetzentwürfe, die der Volksabstimmung zu unterbreiten sind, und gemeinsame Propaganda für sie! Vermeidung aller Richtungskämpfe bei der Wahl von Betriebsräten, Auswahl der tüchtigsten, kenntnisreichsten Kameraden zur Wahrung der gemeinsamen Interessen! Planmäßige Sozialisierung nach den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus durch Fortentwicklung aller vorhandenen, zum Aufbau brauchbaren Elemente! Für diese

Einigung der Arbeiterklasse

zu kämpfen und sie zu erreichen — mögen die Schwierigkeiten auch noch so groß sein und mögen Bruchteile der Bewegung immer noch im Wahn der Selbstzersplitterung verharren —, das ist jetzt die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse muß aber den Boden kennen, auf den sie sich stellen und vereinigen soll, und darum ist es jetzt das erste, die Grundtatsachen der Verfassung in alle Köpfe einzuhämmern. Fragt die Kameraden in der Werkstatt, fragt die Wortführer der U. S. P. D. und der K. P. D., was sie von dem Inhalt der Verfassung wissen, das Ergebnis wird verblüffend sein! Sollte man eines Tages sagen dürfen, die Arbeiter hätten die Verfassung der Deutschen Republik umgestürzt, weil sie nicht wußten, was darinnen stand? Bis jetzt waren wir stets der Meinung, daß klares Wissen der Arbeiterklasse den Sieg bringen wird, nicht aber die Unwissenheit. Das Wissen, das die Arbeiter jetzt am allernotwendigsten brauchen, ist das Wissen von der Verfassung. Nur dieses Wissen macht sie zu bewußten Trägern der Volksgewalt, es gibt ihnen Kraft und Selbstbewußtsein im Kampf gegen ihre Klassengegner und bietet die tatsächliche Unterlage für ihre inneren Auseinandersetzungen. Die Kenntnis des tatsächlichen Inhalts der Verfassung in den Massen zu verbreiten, ist also unsere nächste Aufgabe, man könnte fast sagen, daraus ergibt sich die Lösung aller weiteren von selbst.

Denn wenn die Arbeiter die Verfassung kennen, werden sie nicht gegen sie kämpfen, sondern sie werden von den Rechten, die sie ihnen bietet, Gebrauch machen, um ihre letzten Ziele zu erreichen. Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie werden dann wieder eins sein!

14. Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes.

Hg Stuttgart, 14. Okt.

Die Sitzung wird um 9¾ Uhr mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission eröffnet. Proteste liegen vor aus Chemnitz, Kassel, Eßlingen, Dresden und Berlin. Nachdem die aus den ersten drei Orten zurückgewiesen werden, schreitet man zur Beratung des Berliner Protestes. Er stützt sich u. a. auf die Tatsache, daß in Berlin bei den Wahlen den Wählern bereits gestrichene Stimmzettel in die Mitgliedsbücher gelegt wurden, daß Mitglieder, die noch nicht 29 Wochen dem Verbande angehörten, nicht zur Wahl zugelassen wurden, obwohl nur eine 28 wöchige Mitgliedschaft nötig ist. Ferner funktionierte ein Kandidat als Wahlleiter. Die Kommission schlägt vor, diese Proteste für ungültig zu erklären.

In der Debatte verteidigt Richard Müller-Berlin die Vorkommnisse bei den Berliner Wahlen mit den besonderen Berliner Verhältnissen und Bestimmungen des Wahlreglements. Er habe sich selbst einen gestrichenen Zettel geben lassen, da er unmöglich alle Kandidaten kennen konnte. Im übrigen müßten zu Wahlleitern durchaus „zuverlässige“ Kollegen genommen werden.

Ritzert-Mannheim tritt den Ausführungen Müllers entgegen und weist auf den bekannten Brief Dißmanns hin, der zur Beurteilung der Wahltaktik der Opposition bezeichnend sei.

Reichelt vom Vorstand erklärt, daß der Vorstand den Wahlprotest der Berliner bereits am 9. September an die Berliner weitergegeben habe, daß aber erst am letzten Sonntag die Antwort der dortigen Bezirksleitung eingetroffen sei, sodaß es dem Vorstand unmöglich war, dazu Stellung zu nehmen.

Haas-Köln meint, daß das Wahlreglement wie für alle Orte, so auch für Berlin Gültigkeit haben müsse. Sollten die angeführten Vorkommnisse in allen Berliner Wahllokalen an der Tagesordnung gewesen sein, dann müsse man alle Berliner Mandate für ungültig erklären, anderenfalls nur die, in den einzelnen Bezirken abgegebenen Stimmen kassieren.

Dißmann-Frankfurt/M. gibt zu, daß einzelne Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, verwirft das ausgefeilte und ausgebrütete Wahlreglement und fordert, daß es in Zukunft von der Generalversammlung ausgearbeitet wird.

Tost erklärt, daß die Proteste keine Berechtigung hätten. Ein Schlußantrag wird gegen die Minderheit angenommen. Nach dem Schlußwort kommt es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und Minderheit. Haas beantragt namentliche Abstimmung über die Gültigkeit der Berliner Mandate. Das wird beschlossen.

Vorsitzender Schlicke erklärt, daß die Inhaber der angefochtenen Mandate nicht mitstimmen dürfen. (Lärm bei der Mehrh.) In der Geschäftsordnungsdebatte erinnert die Opposition daran, daß man auf dem Verbandstag in Breslau die Delegierten, deren Mandate angefochten wurden, mitstimmen ließ. Von anderer Seite wird vorgeschlagen, es dem Taktgefühl (!) der Berliner zu überlassen, ob sie ihre Stimme abgeben wollen. Ein Antrag Ernst, die Berliner mitstimmen zu lassen, wird angenommen und mit 192 gegen 135 Stimmen werden die angefochtenen Berliner Mandate für gültig erklärt.

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

29) (Fortsetzung.)

„Fische“, wiederholte Wienke.

„Ja, Kind, das alles ist lebig, so wie wir; es gibt nichts anderes; aber der liebe Gott ist überall!“

Klein Wienke hatte ihre Augen fest auf den Boden gerichtet und hielt den Atem an; es war, als sähe sie erschrocken in einen Abgrund. Es war vielleicht nur so; der Vater blickte lange auf sie hin, er bückte und sich und sah in ihr Gesichtlein; aber keine Regung der verschlossenen Seele wurde darin kund. Er hob sie auf den Arm und steckte ihre verklommenen Händchen in einen seiner dicken Wollhandschuhe: „So, mein Wienke“ — und das Kind vernahm wohl nicht den Ton von heftiger Innigkeit in seinen Worten — „so, wärm' dich bei mir! Du bist doch unser Kind, unser einziges. Du hast uns lieb . . . .!“ Die Stimme brach dem Manne; aber die Kleine drückte zärtlich ihr Köpfchen in seinen rauhen Bart.

So gingen sie friedlich heimwärts.

*

Nach Neujahr war wieder einmal die Sorge in das Haus getreten; ein Marschfieber hatte den Deichgrafen ergriffen; auch mit ihm ging es nah am Rand der Grube her, und als er unter Frau Elkes Pfleg' und Sorge wieder erstanden war, schien er kaum derselbe Mann. Die Mattigkeit des Körpers lag auch auf seinem Geiste, und Elke sah mit Besorgnis, wie er allzeit leicht zufrieden war. Dennoch, gegen Ende des März, drängte es ihn, seinen Schimmel zu besteigen und zum ersten Male wieder auf seinem Deich entlangzureiten; es war an einem Nachmittage, und die Sonne, die zuvor geschienen hatte, lag längst schon wieder hinter trüben Duft.

Im Winter hatte es ein paarmal Hochwasser gegeben; aber es war nicht von Belang gewesen; nur drüben am andern Ufer war auf einer Hallig eine Herde Schafe ertrunken und ein Stück vom Vorland abgerissen worden; hier an dieser Seite und am neuen Kooge war ein nennenswerter Schaden nicht geschehen. Aber in der letzten Nacht hatte ein stärkerer Sturm getobt; jetzt mußte der Deichgraf selbst hinaus und alles mit eigenem Aug' besichtigen. Schon war er unten von der Südostecke aus auf dem neuen Deich herumgeritten, und es war alles wohlerhalten; als er aber an die Nordostecke gekommen war, dort wo der neue Deich auf den alten stößt, war zwar der erstere unversehrt, aber wo früher der Priel den alten erreicht hatte und an ihm entlanggeflossen war, sah er in großer Breite die Grasnarbe zerstört und fortgerissen und in dem Körper des Deiches eine von der Flut gewühlte Höhlung, durch die überdies ein Gewirr von Mäusegängen bloßgelegt war. Hauke stieg vom Pferde und besichtigte den Schaden in der Nähe: das Mäuseunheil schien unverkennbar noch unsichtbar weiter fortzulaufen.

Er erschrak heftig; gegen alles dieses hätte schon beim Bau des neuen Deiches Obacht genommen werden müssen; da es damals übersehen worden, so mußte es jetzt geschehen! — Das Vieh war noch nicht auf den Fennen, das Gras war ungewohnt zurückgeblieben; wohin er blickte, es sah ihn leer und öde an. Er bestieg wieder sein Pferd und ritt am Ufer hin und her: es war Ebbe, und er gewahrte wohl, wie der Strom von außen her sich wieder ein neues Bett im Schlick gewühlt hatte und jetzt von Nordwesten auf den alten Deich gestoßen war; der neue aber, soweit es ihn traf, hatte mit seinem sanfteren Profile dem Anprall widerstehen können.

Ein Haufen neuer Plag' und Arbeit erhob sich vor der Seele des Deichgrafen; nicht nur der alte Deich mußte hier verstärkt, auch dessen Profil dem des neuen angenähert werden; vor allem aber mußte der als gefährlich wieder aufgetretene Priel durch neu zu legende Dämme oder Lahnungen abgeleitet werden. Noch einmal ritt er auf dem neuen Deich bis an die äußerste Nordwestecke, dann wieder rückwärts, die Augen unablässig auf das neugewühlte Bett des Priels heftend, der ihm zur Seite sich deutlich genug in dem bloßgelegten Schlickgrund abzeichnete. Der Schimmel drängte vorwärts und schnob und schlug mit den Vorderhufen; aber der Reiter drückte ihn zurück, er wollte langsam reiten, er wollte auch die innere Unruhe bändigen, die immer wilder in ihm aufgor.

Wenn eine Sturmflut wiederkäme — ein, wie 1655 dagewesen, wo Gut und Menschen ungezählt verschlungen wurden, wenn sie wiederkäme, wie sie schon mehrmals einst gekommen war! — Ein heißer Schauer überrieselte den Reiter — der alte Deich, er würde den Stoß nicht aushalten, der gegen ihn heranschösse! Was dann, was sollte dann geschehen? — Nur eines, ein einzig Mittel würde es geben, um vielleicht den alten Koog und Gut und Leben darin zu retten. Hauke fühlte sein Herz stillstehen, sein sonst so fester Kopf schwindelte; er sprach es nicht aus, aber in ihm sprach es stark genug: Dein Koog, der Hauke-Haien-Koog müßte preisgegeben und der neue Deich durchstochen werden!

Schon sah er im Geist die stürzende Hochflut hereinbrechen und Gras und Klee mit ihrem salzen schäumenden Gischt bedecken. Ein Sporenstich fuhr in die Weichen des Schimmels, und einen Schrei ausstoßend, flog er auf dem Deich entlang und dann den Akt hinab, der deichgräflichen Werfte zu.

Den Kopf voll von innerem Schrecknis und ungeordneten Plänen, kam er nach Hause. Er warf sich in seinen Lehnstuhl, und als Elke mit der Tochter in das Zimmer trat, stand er wieder auf und hob das Kind zu sich empor und küßte es; dann jagte er das gelbe Hündlein mit ein paar leichten Schlägen von sich. „Ich muß noch einmal droben nach dem Krug!“ sagte er und nahm seine Mütze vom Türhaken, wohin er sie eben erst gehängt hatte.

Seine Frau sah ihn sorgvoll an: „Was willst du dort? Es wird schon Abend, Hauke!“

„Deichgeschichten!“ murmelte er vor sich hin, „ich treffe von den Gevollmächtigten dort.“

Sie ging ihm nach und drückte ihm die Hand, denn er war mit diesen Worten schon zur Tür hinaus. Hauke Haien, der sonst alles bei sich selber abgeschlossen hatte, drängte es jetzt, ein Wort von jenen zu erhalten, die er sonst kaum eines Anteils wertgehalten hatte. Im Gastzimmer traf er Ole Peters mit zweien der Gevollmächtigten und einem Koogseinwohner am Kartentisch.

„Du kommst wohl von draußen, Deichgraf?“ sagte der erstere, nahm die halb ausgeteilten Karten auf und warf sie wieder hin.

„Ja, Ole,“ erwiderte Hauke; „ich war dort; es sieht übel aus.“

„Uebel? — Nun, ein paar hundert Soden und eine Bestickung wird's wohl kosten; ich war dort auch am Nachmittag.“

„So wohlfeil wird's nicht abgehen, Ole,“ erwiderte der Deichgraf, „der alte Priel ist wieder da, und wenn er jetzt auch nicht von Norden auf den alten Deich stößt, so tut er's doch von Nordwesten!“

„Du hättest ihn lassen sollen, wo du ihn fandest!“ sagte Ole trocken.

„Das heißt,“ entgegnete Hauke, „der neue Koog geht dich nichts an; und darum sollte er nicht existieren. Das ist deine eigene Schuld! Aber wenn wir Lahnungen legen müssen, um den alten Deich zu schützen, der grüne Klee hinter dem neuen bringt das übermäßig ein!“

„Was sagt Ihr, Deichgraf?“ riefen die Gevollmächtigten; „Lahnungen? Wie viele denn? Ihr liebt es, alles beim teuersten Ende anzufassen!“

(Fortsetzung folgt.)

Wie die Bourgeoisie „trauert".

Berliner Blätter bringen folgenden erbaulichen Bericht über eine polizeiliche Unternehmung:

Das Landespolizeiamt, das auf Veranlassung des Staatskommissars für Volksernährung und der Kohlenstelle Groß-Berlin seit einiger Zeit einen scharfen **Kampf gegen die Nachtlokale** in Groß-Berlin führt, hatte in der Nacht zum Sonntag abermals ein starkes Aufgebot an Kriminal- und Sicherheitsbeamten zusammengezogen, um einen Tanzklub im „Admiralspalast", den sogenannten **Foxtrottklub**, aufzuheben. Die Veranlassung zu dieser Maßnahme war dadurch begründet, daß sich in diesem Klub ein Nachtbetrieb entwickelt hatte, der sich in keiner Weise an die bestehenden Vorschriften über Polizeistunde, Lichteinschränkung und Abgabe von rationierten Lebensmitteln hielt.

Der Klub gab sich allerdings nach außen hin als „geschlossene Gesellschaft" aus, indessen war der Eintritt fast jedem zahlungsfähigen Mitbürger zugänglich. Die Tanzveranstaltungen wurden allabendlich im zweiten und dritten Stockwerk des „Admiralspalastes" abgehalten und währten bis in die frühen Morgenstunden hinein. Das anwesende Publikum setzte sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen, den weiblichen Teil vertrat fast ausschließlich die Halbwelt.

Nachdem alle Vorbereitungen zur Aufhebung des Klubs sorgfältig getroffen worden waren, schritt das Landespolizeiamt in der Nacht zum letzten Sonntag plötzlich ein. Etwa achtzig Kriminalbeamte unter Führung mehrerer Kriminalkommissare und drei Züge Sicherheitspolizisten unter Leitung eines Hauptmanns und mehrerer andrer Offiziere in Uniform und Zivil hatten sich kurz vor 1 Uhr unauffällig in der Nähe des Admiralspalastes eingefunden, um auf das Zeichen des leitenden Kriminalkommissars einzugreifen. Als dieser sich durch eine List trotz des verschlossenen Eingangs Zutritt verschafft hatte, strömte das Heer der Kriminal- und Hilfsbeamten herbei, besetzte die Ein- und Ausgänge des großen Gebäudekomplexes und drang in die beiden Tanzsäle ein. Die Sicherheitspolizei hatte unterdessen die umliegenden Straßen abgesperrt und gesäubert. In den Sälen wurden mehr als 400 Personen angetroffen. Beide Säle wurden sofort geschlossen und niemand durfte das Haus verlassen. Alle Gäste mußten sich einzeln ausweisen und wurden festgestellt. Sämtliche Personen, die ohne genügende Ausweise waren — es waren mehr als 120 — wurden mit Lastkraftwagen nach dem Landespolizeiamt in der Magazinstraße befördert. **Die Arrestanten, zum größten Teil mit Puppen, Teddybären, waschkorbgroßen „Arrangements" mit Südfrüchten, Wein und Konserven, Hühnern, Gänsen und Kaninchen,** die sie bei der Verlosung gewonnen hatten, bepackt, kletterten in ihrer Balltoilette mittels einer kleinen behelfsmäßigen Treppe auf die offenen Kraftwagen und wurden von den nach Hunderten zählenden Zuschauern, die sich trotz der vorgerückten Nachtstunde an dieser beliebten Stelle eingefunden hatten und die Absperrungsmannschaften umsäumten, mit großem Hallo empfangen.

Soweit die polizeiliche Darstellung. Wir Provinzler, die wir immer davon lesen, daß „Berlin tanzt", daß sich niemand darum kümmert, was zur Steuerung der Volksnot angeordnet wird, wir fragen uns erstaunt, was denn nun eigentlich mit diesen Lustjünglingen und Lustdämchen geschehen wird. Sollte nicht eine Gesetzesbestimmung notwendig sein, die allen diesen Herrschaften die **glatte Konfiskation ihres Vermögens** androht? Nicht nur den Schwelgern im „Foxtrott" und andern modernen und „mondänen" Tänzen, sondern auch jenen, die die Nächte hindurch in Spielklubs ihre Kriegs- und Schiebergewinne verjubeln. Freilich, bei der Androhung solcher Strafe dürfte es nicht bleiben, sondern sie müßte auch strengstens durchgeführt werden. Vielleicht wäre es denn doch noch möglich, die jubelnden Bourgeoissöhne endlich zu ein wenig Trauer um das Geschick des Landes zu erziehen.

Parteinachrichten.

Scheidemanns Einigungsruf.

Scheidemann läßt sich von der Ablehnung, die sein Einigungsruf im Plenum der Nationalversammlung bei den Unabhängigen gefunden hat, nicht abschrecken. In einem Leitartikel des „Vorwärts" erklärt er die Einigung der sozialdemokratischen Arbeiterklasse als eine deutsche Schicksalsfrage. Der Kern seines Aufsatzes ist der Hinweis, daß er und andere Personen kein Hindernis auf dem Wege der Verständigung sein dürften. Erst muß eine programmatische Einigung erfolgen, dann werde nach deren Richtlinien die Auswahl der Personen zu treffen sein.

Wir wissen, daß diese Auffassung Scheidemanns in parlamentarischen Kreisen der U. S. P. lebhaft erörtert wird. Die Berliner „M. a. M." vom 13 Oktober widmet ihre Ausgabe der sozialdemokratischen Einigungsfrage unter der Ueberschrift: „Einigung oder Katastrophe". Sie enthält Beiträge von Eduard Bernstein sowohl wie auch von Breitscheid und anderen bekannten linksstehenden sozialistischen Führern, die sich eingehend mit dieser Frage befassen und der Arbeiterschaft zu Gemüte führen, wohin die Selbstzerfleischungspolitik führt.

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaftsarbeit.

Dem „Telegraaf" zufolge hat sich das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seinen zu Beginn des Monats abgehaltenen Sitzungen mit folgenden Gegenständen befaßt:

Es wurde beschlossen, eine Untersuchung nach dem Stande der Sozialisierung in den verschiedenen Ländern und nach den Forderungen einzuleiten, die die Arbeiter in diesen Ländern bezüglich der Sozialisierung stellen, sowie nach den Mitteln, die sie zur Erreichung ihrer Forderungen anwenden. Ferner hat das Büro im Auftrage des Amsterdamer Kongresses die nötigen Maßregeln ergriffen, um eine Untersuchung der Verhältnisse in denjenigen Staaten einzuleiten, die zum alten Rußland gehörten, und die Möglichkeit der Schaffung einer kräftigen Gewerkschaftsbewegung in diesen Ländern zu studieren. Bezüglich der vorliegenden Klagen über langsame Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen beschloß das Büro, sich an die französische Regierung zu wenden, um die Beschleunigung der Heimsendung der Kriegsgefangenen zu verlangen. Dem Büro lagen weitere verläßliche Nachrichten darüber vor, daß die Mitglieder von Gewerkschaften in Ungarn von der neuen Regierung in entsetzlicher Weise unterdrückt und verfolgt werden. Das Büro beschloß deshalb, sich an die alliierten Regierungen zu wenden, den unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. Von polnischen Arbeitern, die während des Krieges mit Kontrakten in der deutschen Industrie arbeiteten, waren Klagen eingelaufen, daß ein beträchtlicher Teil der kontraktlich zugesagten Löhne nicht ausgezahlt worden sei. Das Büro beschloß, in dieser Angelegenheit sich an die jetzige deutsche Regierung zu wenden.

Genossenschaftliches.

Gemeinschaftsgeist und Konsumverein.

Wenn auch der Widerstand gegen die Tendenzen des Sozialismus zum größten Teil aus dem Interesse des Kapitalismus und den Denkgewohnheiten, die darin wurzeln, abzuleiten ist, so ist er doch auch durch heftige und leidenschaftliche Agitationen genährt worden, die in maßloser Weise auflegten und beschimpften, ohne daß sie Kenntnis der gangbarsten Wege verrieten, die zu besseren und zugleich dauerfähigen Zuständen führen würden. Wenn dies anerkannt werden muß, so ist um so mehr zu bedauern, daß so geringes Verständnis der Idee zutage getreten ist, die im Genossenschaftswesen liegt, das durchaus im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung eine neue Gesellschaftsordnung anbahnt, eine soziale Ordnung, die, was man auch sonst über ihre Vorzüge und Mängel urteilen mag, ihrem Wesen nach friedlicher ist als die des kapitalistischen Handels und der kapitalistischen Produktion. Wie könnte man hoffen, daß so etwas wie Gemeinschaftsgeist zwischen den Nationen gedeihen sollte, solange es so schwachen Gemeinschaftsgeist innerhalb jeder großen Nation gibt? Die Genossenschaft ist dazu angetan, solchen Geist in sich zu erzeugen, weil sie ohne ihn nicht leben kann, weil in ihr der Gegensatz von Kapital und Arbeit, der alle anderen menschlichen Beziehungen [illegible] hat, der Idee nach aufgehoben ist.

Ihr Ziel und Zweck ist allerdings nicht in erster Linie, dem Individuum zu dienen, das ihnen dient — diese Gegenseitigkeit unterscheidet sie nicht von anders gearteten Betrieben —, sondern einen sozialen Gedanken zu verwirklichen, den Gedanken nämlich, daß ein Volk als Gemeinschaft sich selbst versorgen will, also auch seine große „Cooperation", d. i. sein Zusammenwirken — so heißt ja in der englischen und vielen anderen Sprachen das Genossenschaftswesen — so einrichten muß, daß es allen Volksgenossen möglichst gleichmäßig — jedem nach seiner Leistung, nach seinem Verdienst — zugute komme, und nicht mehr, zunächst wenigstens nicht mehr ausschließlich als ein Geschäft betrieben werde, bei dem der Gewinn weniger auf Kosten vieler erstrebt und erzielt wird. Es handelt sich um eine bessere Verteilung des Jahresertrags von Boden und Arbeit, eine Verteilung nach Grundsätzen der Gerechtigkeit, anstatt nach dem Zufall der Einlage und Anlage des Kapitals, der sonst — und zwar auf lange hin — die Volkswirtschaft beherrscht. Für die oberflächliche Ansicht ist auch der Eigenbetrieb eines Konsumvereins oder einer Großeinkaufsgesellschaft ein Geschäft, bei dem Gewinn erstrebt und erzielt wird. Aber auch nur für eine oberflächliche Ansicht. Wollte zum Beispiel ein Konsumverein den Bäckern seiner eigenen Bäckerei so viel höhere Löhne zahlen, als sonst im Gewerbe üblich sind, daß ihm außer Zinsen und notwendigen Rücklagen nichts dabei übrig bliebe, so wäre das so lange ungenossenschaftlich, als der Konsumverein noch Mitglieder hat, die unter den gewöhnlichen kapitalistischen Arbeitsbedingungen arbeiten. Denn wenn die Genossenschaft keinen Gewinn erstrebt, so erstrebt sie doch einen Vorteil, aber nicht den Sondervorteil derjenigen, die ohnehin schon den Vorzug haben, ihr zu dienen und zu helfen, sondern den gemeinsamen und allgemeinen Vorteil aller ihrer Mitglieder.

Das Mittel gegen die Preistreiberei.

In England herrscht gegenwärtig eine starke Empörung über die unerhörten Preistreibereien. So hatte in London eine Riesenversammlung von etwa einer halben Million Menschen sich mit dem Kampfe gegen die Profitjäger beschäftigt und eine Entschließung angenommen, die sich gegen den Einfluß des Trustes auf die Regierung richtet. Es wurde verlangt, daß die Regierung sich mit den Genossenschaften in Verbindung setzen solle, um Import und Verteilung zu möglichst niedrigen Preisen zu ermöglichen. Die Genossenschaften versorgten bereits erfolgreich ein Drittel des britischen Volkes mit allem, was zum Leben notwendig ist.

Was in England Mittel gegen eine wirtschaftliche Krankheit ist, muß bei uns gegen die gleiche Krankheit Heilmittel sein. Nur anwenden soll man dieses heilsame Mittel. Jammern gegen die Preistreibereien und dabei die Hände in den Schoß legen, ist dem Verhalten mancher Kranken gleichzuachten, die lieber verelenden, als den kundigen Arzt ins Haus zu lassen.

Volkswirtschaftliches.

Deutschlands Milchkühe.

Der Friedensvertrag von Versailles bestimmt, daß Deutschland 140 000 Milchkühe abliefern muß. Frankreich findet keinen Anlaß, auf diese Bestimmung zu verzichten. Die deutsche Regierung ihrerseits erklärt sich bereit, alle Bestimmungen des Friedensvertrages loyal auszuführen, und wenn auch unter Protest, nachzukommen. Was dies bedeutet, kann sich erst in diesem Winter zeigen, wenn die Kinder und Kranken in den Städten ganz ohne Milch bleiben werden. Verschiedene amerikanische und englische Vereinigungen haben eine Aktion eingeleitet, um die Folgen der Hungerblockade wenigstens für die Kranken und schwachen Kinder in Deutschland zu mildern, und führten zu diesem Zweck große Mengen Lebensmittel, besonders kondensierte Milch, ein. Die Ergebnisse dieser Aktion, die in Deutschland begreiflicherweise sehr gewürdigt werden, drohen durch das Festhalten Frankreichs an der Forderung nach Auslieferung der 140 000 Milchkühe in Frage gestellt zu werden. Es werden vor allem wieder deutsche Stadtkinder sein, die das entgelten müssen. Nach dem Elend von vier Kriegswintern gehen wir jetzt einem Winter entgegen, der die vier früheren an Entbehrungen und Elend noch zu übertreffen droht.

Feuilleton.

Unnütze Sorgen.

In den Kreisen der Pariser Korsettfabrikanten herrscht Verzweiflung, weil die Modedamen in diesem Sommer zum großen Teil auf das bisher für so unentbehrlich erachtete Korsett verzichtet haben und weil ihr Geschäft deshalb sehr darnieder lag. Die Mode der weiten und losen Taillen, die die Körperformen nicht hervortreten lassen, hat zur Abkehr von diesem früheren „Hauptstück der Frauentracht" geführt, und so verkündet man denn bereits das Ende des Korsetts, das bald nur noch, wie irgend ein Marterwerkzeug in einer Folterkammer, in Museen als geschichtliche Merkwürdigkeit einer verflossenen Zeit gezeigt werde. Höchstens ein Leibchen werden die Damen noch tragen, das die Hüften etwas zusammenhält, aber den [illegible] Panzer von früher — nie mehr!

Die Botschaft hören wir wohl, jedoch uns fehlt der Glauben. Wie oft ist schon das Korsett totgesagt worden! Und doch hat es stets ein sehr zähes Leben bewiesen und ist niemals aus der Hauptrolle verdrängt worden, die es im Reich der Mode seit einem Vierteljahrtausend spielt. Freilich hat es auch einmal eine Mode gegeben, die das Korsett auf kurze Zeit in den Hintergrund drängte. Das war das Directoire am Ende des 18. Jahrhunderts, das die wallenden losen Gewänder einer antikisierenden Tracht einführte und der Modedame höchstens einen „Schönheitsgürtel" gestattete, mit dem sie ihre Taille umschloß. Heute sind ja wieder ähnliche Strömungen in der Kleidung geltend, und deshalb mag das Leibchen einige Zeit an Stelle des Korsetts treten. Aber schon hören wir von der Wiederkehr des Reifrocks, von dem Herannahen der Krinoline, von Moden also, die den höchsten Triumph des Korsetts bedeuten, und wir müssen glauben, daß die Korsettmacher nicht lange über das „Ende des Korsetts" weinen werden. Scheint doch dieses auf den Mann so grausam wirkende Instrument, das den Damen Ersatz zur Schlankheit geworden ist, unter dem „Reiche der Frau" ebenso ewig zu sein, wie der Fächer.

Wenn die Verehrer des klassischen Altertums im 18. Jahrhundert behaupteten, in der Antike habe es keine derartigen Geräte gegeben, so sind sie durch die Ergebnisse der [illegible] widerlegt worden. In den Funden auf Kreta sind uns Frauendarstellungen überliefert, die auf [illegible] den [illegible] Gebrauch des Korsetts schließen lassen, und auch bei den Naturvölkern begegnet man ähnlichen Instrumenten, die also durchaus keine Errungenschaften unserer Kultur sind.

Immerhin taucht das Korsett in der Geschichte der modernen Tracht doch verhältnismäßig spät auf. Im Mittelalter ist es nicht verwendet worden, und im 15. Jahrhundert erscheint es zum ersten Male in der männlichen Tracht, so daß die Frauen, wie so vieles andere, auch das Korsetttragen von den Männern gelernt haben. Der „Krebs", in den sich der Mann des 15. Jahrhunderts preßte, war ein Brustharnisch aus Stahlspangen mit einem Ueberzug von Samt, über den dann die festanliegende Jacke der Zeit, die sogenannte Schecke, gezogen wurde. In der Damentracht erscheint dann das Korsett zum ersten Male in der spanischen Mode des 16. Jahrhunderts, um die schlanke spitze Taille zu ermöglichen.

Seitdem verschwindet das Korsett nicht mehr, und der Verbrauch an Fischbein läßt einen ganz neuen Handelszweig entstehen. Der Kampf, den die Natürlichkeitsperiode mit Rousseau an der Spitze gegen dieses „Frauen wie Schönheit mordende" Gerät führt, zeitigt Verbote, wie z. B. das Kaiser Josef II., der das Korsett nur „den Hofdamen und andern Frauen von schlechtem Ruf" gestattete und bringt ein kurzes Nachlassen der Mode, die erst im Biedermeier wieder mit ziemlich bequemen Korsetts einsetzt.

In ähnlicher Weise ist denn die Bewegung des „Reformkleides" gegen das Korsett zu Felde gezogen, ohne es zu besiegen, und so wird dem jetzt verkündeten „Ende des Korsetts" wohl bald eine Wiederauferstehung folgen.

Was heißt Sabotage?

Das Wort kommt aus dem Französischen und bedeutet im übertragenen und meist angewandten Sinne das Zerstören oder Beschädigen von Arbeitsmaterial usw. durch Streikende. Wörtlich heißt „le sabot": der Holzschuh. Mit „faire du sabot" bezeichnet der Franzose die Tätigkeit des Faustkämpfers, der in Frankreich ebenso häufig und beliebt, wie der Boxer in England. Ein geübter Faustkämpfer weiß auch einen weit stärkeren Gegner dadurch zu Fall zu bringen, daß er ihm durch einen unvorhergesehenen Fußtritt von hinten gerade denjenigen Fuß eintritt, auf welchem des Gegners Körperlast im betreffenden Augenblick ruht. Diesen Kunstgriff anwenden heißt „saboter". Darum bezeichnet „le sabotage" bildlich zutreffend das Vorgehen der Arbeiter, welche gerade denjenigen Maschinenteil unbrauchbar machen oder denjenigen Kunstgriff ausüben, der zum Betriebe einer Anlage oder Fabrik unumgänglich nötig ist, wie der Faustkämpfer zum Stützen. In diesem Sinne läßt sich „sabotage" nicht durch ein deutsches Wort erschöpfend wiedergeben, so daß der Gebrauch dieses Fremdwortes bei uns erklärlich ist.

Gelehrtendeutsch.

In dem vor kurzem erschienenen Werk eines Berliner Gelehrten: „Die Formen der Vergesellschaftung im Tierreich" findet sich folgender Satz, der wieder einmal zeigt, wie erfolgreich manche Leute bemüht sind, die deutsche Sprache so wenig wie möglich anzuwenden: „Die primären Kolonien entstehen als Folgeerscheinung der merotomischen Hemitomie, einer Teilung, bei welcher die untereinander gleichen Teilstücke miteinander verbunden bleiben; oder als vorübergehende Assoziationen im Anschluß an die holotomische Hemitomie, sukzessive Polytomie und metabologene sowie ametabologene Heterotomie als Teilungskolonisten; ferner auf Grund homogener imperfekter Gemmatio, gemmationaler und divisionaler Stologonie oder als vorübergehende primäre Assoziationen infolge von heterogener oder homogener perfekter Astologonie als Knospungskolonien." — Es gibt zweifellos einen Menschen, der diesen Satz nach immer wiederholtem Studium verstehen wird, nämlich den Verfasser. Da es sich aber um die Vergesellschaftung im Tierreich handelt, mag bezweifelt werden, ob außer einigen gelehrten Pudeln und den rechnenden Rossen in Elberfeld diese fruchtbringende Theorie von den Herren Tieren verstanden wird, bei denen bisher die Sozialisierungsfrage nur mit „Wauwau" und „Kikeriki" erörtert wurde.

Humor und Satire.

Die Kehrseite. Der alte Sanitätsrat läßt infolge der Papierteuerung keine neuen Rezeptformulare mehr drucken. Er behilft sich damit, daß er die ihm zugesandten Drucksachen, besonders Familienanzeigen, zerschneidet und auf deren freie Seite seine Rezepte schreibt. Eines Tages verordnet er einer sehr nervösen Dame etwas. Die Patientin liest das Rezept, dreht es um und fällt wie vom Schlage gerührt hin. Der alte Sanitätsrat springt hinzu, hebt zuerst das Rezept auf und liest auf der Rückseite: „Die Beerdigung findet nächsten Mittwoch nachmittag 5 Uhr statt." —

Der Schlafrock. Der jüngste Stift hat mir beim Aufräumen meiner Sachen geholfen. Er sieht meinen Schlafrock, den ich von meinem Vater geerbt habe, und sagt: „Da hoan Se ja noch en scheenen Friedensulster!" Ich antwortete belehrend: „Das ist kein Ulster, sondern mein Schlafrock!" Darauf ein ganz verwundertes Gesicht des jungen Mannes, der aus der Waldenburger Gegend stammt, und folgender Ausspruch: „Schlafrock? Nee, ahn woas hoats bei ins derheeme ni; bei ins giehn mer [illegible] ferch gewöhnliche eim Hemde schloafen!"

(Ulk.)

Lokales.

Totentanz.

Du lügst, Bruder, wenn du sagst, du lebst! Du bist ja tot, tot fest wie alle, die dereinst lebten! Was du noch Leben nennst, ist Schein, du weißt ja von der Schule her: Wenn ein Gestirn im weiten Weltenraum erlischt, so siehst du den Schein noch lange nachher, nachdem das Licht längst verglommen!

So bist du, so seid ihr!

Das schlimmste dabei ist aber, daß ihr es noch gar nicht begreift, daß ihr eigentlich tot seid. Ihr starbt, weil eure Seele verglommen ist nach den letzten fünf Jahren des brennenden Wahnsinns eines Krieges gegen alle.

Wir sind ein zu Boden geschmettertes Volk.

Hast du jemals mehr tanzen, trinken und buhlen gesehen als jetzt? In den Städten sind die Theater, Kinos, Tanzlokale voller denn je! Schatten, Tote, Scheinmengen tanzen.

Wir sind bettelarm. Unsere Reichsmark gilt im Auslande kaum noch 20 Pfennig, der Staatsbankrott lauert.

Eben deshalb dreht man die Mark nicht mehr herum? Man gibt sie leichter aus wie ehedem den Zehner. Heute ist heut'. — Papiergeld flattert wie Konfetti. Geldscheine? Scheingeld! Verdorbene und gestorbene Werte tanzen in der Luft.

Kapitalistische Veitstänze wirbeln um uns. Wo ist der, der im Kriege etwas besaß und daraus nicht den mehrfachen Gewinn des Friedenspreises erschlich oder erschob? Der Besitzende konnte seine Habe vermehren, der Besitzlose konnte aus nichts auch nichts machen. Bosheit oder Torheit schimpft über die verdoppelten Löhne, der Lebensunterhalt kostet aber das Drei- und Vierfache! Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbürger, die nur von der Hand in den Mund leben, sind die Opfer dieses Mammontanzes, der sie in seine Wirbel hineinzieht.

Ueber brodelnde Krater und gurgelnde Sümpfe tanzt ein größtenteils seelenlos gewordenes Volk, der Krieg hat den Geist der Selbstbesinnung getötet, der fähig der Bekenntnis und des Willens zur Kraftentfaltung ist.

Wird sich unser Volk noch ganz betäuben und als lebender Leichnam weitertanzen? Nur Schwachheit und Wahnsinn braucht im Elend Selbstbetäubung.

Der Geist des wahren Lebens gleicht dem Phönix, der aus der Asche immer wieder neu ersteht. Aus dem Kriegsbrand, der unsere Seele verzehrte, muß der Lebenswille phönixgleich wiedererstehen. Der deutsche Totentanz, dieser tolle Wirbel der Verzweiflung oder Foxtrott der Gleichgültigkeit muß aufhören, neuer Geist muß den Körper mit dem seelischen Inhalt füllen, der uns die Kraft gibt zum — Arbeiten und nicht verzweifeln!

Baukostenzuschüsse.

Ein Bauen auf wirtschaftlicher Grundlage ist heute ohne beträchtliche öffentliche Zuschüsse nicht mehr möglich. Wie lange dieser Zustand dauern wird, ist noch nicht zu übersehen. Heute kostet ein Häuschen, das vor dem Kriege 6000 Mark gekostet hat, 25—30 000 Mark. Das Reich hat nun bereits im Oktober 1918 ½ Milliarde zur Unterstützung als „verlorene" Zuschüsse in Aussicht gestellt, von denen auch der größte Teil bereits bewilligt bzw. verausgabt ist. Voraussetzung für die Gewährung der Zuschüsse ist, daß Bundesstaat und Gemeinde ebensoviel geben, und daß es sich um die Beseitigung einer dauernden Wohnungsnot handelt. Außerdem sind eine Anzahl Bedingungen zu erfüllen, die im wesentlichen darauf abzielen, daß die mit diesen öffentlichen Geldern errichteten Bauten auch wirklich gemeinnützig und nicht zu Spekulationszwecken verwendet werden. Weiter sollen kinderreiche Familien, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in erster Linie bei Vermietungen solcher Wohnungen berücksichtigt werden. Die Höhe der Miete unterliegt der Kontrolle der Gemeinde. Für die Berechnung der Baukostenzuschüsse ist der Wert des Hauses bzw. die Miete nach Eintritt dauernder Verhältnisse maßgebend. Nach den neuesten Richtlinien des Staatskommissars soll man 30 bis 50 Prozent zu den Baukosten der Friedenszeit zuschlagen, um diesen dauernden Wert zu erhalten. Hat also ein Haus vor dem Kriege 6000 Mark gekostet, so wird man mit einem neuen Dauerwert bei 50 Prozent Zuschlag von 9000 Mark zu rechnen haben. Kostet der Neubau jetzt 30 000 Mark, so wären also 30 000—9000 = 21 000 Mark an Zuschuß zu leisten. Diese außerordentliche Höhe der notwendigen Zuschüsse, die bedingt ist durch die Teuerung auf dem Baumarkt und die hohen Löhne, hat es mit sich gebracht, daß die Mittel sehr schnell erschöpft werden. Es wird daher neuerdings vom Reich verlangt, daß so sparsam wie nur irgend möglich gebaut wird. Mancher Antrag ist daraufhin schon zurückgewiesen worden. Wer also Enttäuschungen und Zeitverlust vermeiden will, muß das von vornherein berücksichtigen. Für Bauten, die erst im Laufe des nächsten Jahres begonnen werden, sind noch nicht genügend Mittel bereitgestellt. Es ist aber wohl anzunehmen, daß dies noch geschehen wird, denn auch der Staatskommissar steht auf dem Standpunkt, daß nur durch Neubauten der Wohnungsnot richtig abgeholfen werden kann. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß für Luxusbauten und Mietskasernen Zuschüsse nicht gegeben werden. Die Wohnungen dürfen auch höchstens vier Zimmer und Küche enthalten. Bei Bauten auf dem Lande erhalten größere Stallungen aus dem Reichsfonds ebenfalls keine Zuschüsse. Hierfür stehen aber Mittel z. B. in Preußen beim Landwirtschaftsministerium zur Verfügung.

Warum liefern die Gutsbesitzer keine Kartoffeln nach Danzig?

K. Ueber diese Frage wurde in der Kartellversammlung am 13. Oktober verhandelt. Aus den Ausführungen der einzelnen Redner war zu entnehmen, daß die Händler und Besitzer in der Hoffnung leben, daß durch die schlechte Belieferung der Stadt mit Kartoffeln eine Preiserhöhung zu erzwingen wäre. Einige Händler haben den nach Kartoffeln anstehenden Frauen gegenüber bereits kreissprig erklärt, daß ihnen 1,75 Mark Verdienst am Zentner nicht genügt, sondern daß sie 3 Mark für die Mühe des Verkaufens haben müßten. Nun kann man sich ja in die Gemütsstimmung vieler dieser Händler versetzen. In einer Zeit, wo die Frauen vier bis fünf Stunden an manchen Stellen nach den paar Kartoffeln stehen müssen, würden sie am liebsten sofort den freien Handel eingeführt sehen. Aber das würde nur die Folgen zeitigen wie die Freigabe der Eier und des Leders. Die Hauptschuld an der Kartoffelnot wurde in der Diskussion den Gutsbesitzern zugeschoben, die durch eine zu geringe Zufuhr nach Danzig einer Preiserhöhung vorarbeiten wollen. Was kümmert sie der Hunger der großstädtischen Bevölkerung, wenn sie nur ihren Zweck, noch mehr Kapital aus dem Hunger des Volkes herauszuschlagen, erreichen. Aber die Herren mögen den Bogen nicht überspannen. Es kann ihnen eines Tages passieren, daß die Arbeiter zu tausenden bei ihnen erscheinen, um sie von ihren Wuchergelüsten zu befreien. Und dann könnte es manchen von diesen Herrschaften hierbei nicht besonders wohl ergehen. Es ist deshalb hohe Zeit, daß sich die Herren Landwirte auf ihre Pflicht besinnen und durch reichlichere Kartoffelzufuhr nach der Stadt zur Beruhigung der hungernden Bevölkerung beitragen, ehe es zu spät ist.

Herrlich soll euer Lohn sein . . .

Wer hat nicht alle die schönen Redensarten unserer Patrioten gehört und gelesen, als wir Soldaten mit unseren Leibern das Vaterland schützten?

„Haltet nur aus im Eisenhagel, und herrlich soll euer Lohn sein, der euch nach Beendigung des Krieges von uns zuteil werden wird."

Doch weil das so oft in die Welt hinausgeschrien wurde, glaubten wir immer weniger an diesen Lohn und Dank. Die Klagen unserer Familien über die Behandlung und Ausbeutung bei gelegentlichen Versuchen, Lebensmittel von den Agrariern zu erhalten, hatten uns nachdenklich gestimmt. Es war gut, daß die Herrschaften weit vom Schusse waren; sonst wäre damals wohl schon so manche Handgranate an unrechter Stelle krepiert.

Seit dem Zusammenbruch und nachdem wir nun zurückgekehrt sind, haben wir bereits alle mehr oder weniger am eigenen Leibe gespürt, wie sich diese Herrschaften ihrer Dankespflicht uns gegenüber entledigen.

Wehe den Kriegerwitwen, die mit ihren Kindern den Agrariern und ihrem Danke ausgeliefert sind! Schamlos setzen sich diese früheren und leider auch noch heutigen Zierden der Nation über alle Verpflichtungen gegenüber den Kriegsopfern hinweg. Man schiebt sie hin und her, und ihr Vorhandensein ist für die Kreise, die pathetisch immer von dem unauslöschlichen Dank gesprochen haben, höchst unangenehm.

Auf unserem Arbeitersekretariat häufen sich die Fälle, daß Kriegerwitwen mit ihren Kindern jammernd und weinend über haarsträubende Behandlung seitens der Amtsvorsteher, die zugleich große Gutsbesitzer sind, berichten und händeringend um Hilfe bitten.

Hier nur einer von vielen Fällen:

In Herzberg, Niederung, wohnt eine Kriegerwitwe mit 4 Kindern unter 14 Jahren. Die Familie ist durch den Verlust ihres Ernährers in die bitterste Not geraten. In der Nacht vom 6.—7. Oktober brannte das Haus, in dem sie wohnte, vollständig nieder. Mit Aufbietung aller Kraft gelang es der Frau, ihr elendes Mobilar zu retten und die Kinder in Sicherheit zu bringen. Es verbrannten jedoch die Leibwäsche, die Kartoffelvorräte und die geringen Ersparnisse in Höhe von 80 Mark.

Am anderen Tage erhielt die Frau mit den Kindern einen elenden, fruchten, 9 Quadratmeter großen Raum als Wohnstätte angewiesen. Dieser Raum ist nicht heizbar. In ihm hat bisher ein Russe mit einem Kaninchen gehaust. Es besteht nun die Gefahr, daß die Witwe mit den Kindern in dieser kalten Jahreszeit ernstlich erkranken kann. So kann sie neben ihrem Mann auch noch die Kinder verlieren. Die Frau ist wiederholt bei dem Gemeindevorsteher wegen Anweisung einer anderen Wohnung vorstellig geworden, wurde jedoch immer abgelehnt. **Bei einer Gelegenheit, als die Frau äußerte, der Schweinestall des Vorstehers sei besser, als ihre Wohnung, sagte der Gemeindevorsteher dreist und gottesfürchtig, „dann möge sie in den Schweinestall ziehen".**

So sieht die christliche Moral dieser Herrschaften aus, mit denen die Revolution so anständig verfahren ist. Also in die Schweineställe mit unseren Kriegerwitwen und -waisen! Diese gesinnungstüchtigen Herren wollen den Arbeitern Moral predigen, wenn sie nach 4½ Jahren Kriegsverrohung einmal hier oder da straucheln.

Die Angelegenheit ist dem Landrat unterbreitet. Wir sind neugierig, wie er seine Aufgabe erfüllen wird. P. K.

Netzversorgung und Netzpreise.

Aus Fischerkreisen schreibt man uns:

Im „Hamburger Korrespondenten" vom 8. Oktober 1919 (Nr. 512) ist ein Artikel veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die Preise für Netze erst dann angemessen sein werden und daß erst dann reichlich Netze vorhanden sein werden, wenn der freie Netzhandel wieder eingeführt sein wird. Wie diese Preise aussehen werden, kündigt die Zuschrift an, die aus fachmännischen Kreisen stammt, wenn es heißt:

„Der deutsche Preis steigt erstlich auf den höheren Weltmarktspreis und erhöht sich außerdem um das drei- und vierfache durch den ungünstigen Stand unserer Valuta."

Damit wird den Fischern im vorneherein eine Kostprobe gegeben, wie ungemein rasch und stark die Netzpreise steigen werden. Die fachmännische Seite sieht eine Rettung nur in der Freigabe des Netzhandels und der Netzherstellung. Nur dann wird der Absatz in Deutschland bleiben und nur dann könne neuer Absatz im Ausland gefunden werden, der der deutschen Wirtschaft so dringend notwendig ist.

Ueberall in Fischerkreisen wird man sich fragen, ob eine solche Preissteigerung notwendig ist. Die deutschen Netzfabriken haben zunächst ein zurückgestelltes Kontingent von Baumwollgarn erhalten, das 500 000 Kilogramm beträgt. Diese Menge reicht bis Februar oder März 1920 aus. Diese Garne sind in Rechnung gestellt mit dem niedrigen Preise, der durch die bisherige Höchstpreisordnung bestimmt war. **Die Netze müssen also ebenso billig sein wie in der Vergangenheit; Erhöhungen dürfen nur dann erfolgen, wenn Lohnsteigerungen und Kohlenpreissteigerung erfolgt sind.** Die Netzfabriken verfügen, wie schon erwähnt, nun über beträchtliche Mengen an Baumwollgarn. Dazu haben sie völlig freie Hand in der Preisfestsetzung. Angesichts der hin und wieder nicht ungeschickten in der Presse gebrachten Darstellung über ein Anziehen der Netzpreise haben vielfach die Fischer die Fischpreise gesteigert, um eine Verteuerung ihres wichtigsten Betriebsmittels möglichst leicht ertragen zu können. Es ist durchaus denkbar, daß die Netzfabriken das billige Garn für Auslandslieferungen verwenden und teures, im Auslande eingekauftes Garn verwenden werden für dementsprechend wesentlich teuere Netze, die sie an die deutschen Fischer absetzen. Solche Möglichkeiten müssen unter allen Umständen verhindert werden. Diese Forderung muß die deutsche Fischerei und vor allem auch der Konsument erheben.

Hebt Solidarität! Seit Montag stehen sämtliche Arbeiter der Firma Otto Besch, Weidengasse, Brunnenbaugeschäft, im Streik.

Am 22. April d. Js. stellten die Arbeiter Lohnforderungen in Höhe von 1,— bis 1,75 Mark pro Stunde.

Die Firma lehnte diese Forderungen ab und hat es verstanden, die Verhandlungen hierüber bis jetzt hinzuziehen.

Auch jetzt noch, nachdem die Preise für alle Bedarfsartikel noch bedeutend gestiegen sind, läßt sie sich auf nichts ein, trotzdem die Forderungen nicht erhöht worden sind.

Den Kollegen riß deshalb die Geduld, sie legten die Arbeit nieder.

Wir ersuchen alle Arbeiter, die Kollegen der Firma Besch in ihrem gerechten Lohnstreit zu unterstützen, keine Arbeit bei der Firma anzunehmen, und überall auch in der Provinz darauf zu achten, daß Tiefbohrungen der Firma Besch von Streikbrechern nicht ausgeführt werden.

Der Bund der Auslandsdeutschen, Landesverband, Danzig, Poggenpfuhl 16, 1 Treppe, bittet uns bekannt zu geben, daß als Mitglieder nur Reichsdeutsche in Betracht kommen, die entweder Auslandsdeutsche oder Zivilgefangene waren, das heißt solche, die im Auslande ihren Wohnsitz und Erwerb hatten und wegen ihres Deutschtums interniert wurden, oder die vorübergehend im Auslande oder auf Schiffen sich befanden und dem Feinde in die Hände gefallen sind. Diejenigen Deutschen im Inlande, die nur Forderungen ans Ausland haben, ohne dort gelebt zu haben, müssen sich selbst organisieren und mit dem Bunde der Auslandsdeutschen Hand in Hand mit ihren Forderungen gehen.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Die in der nächsten Woche zur Ausgabe kommende Marmelade wird von der Firma S. Anker am Freitag, den 17. d. Mts., an die Händler mit den Anfangsbuchstaben A—K und am Sonnabend, den 18. d. Mts., an die mit den Anfangsbuchstaben L—Z ausgegeben.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Erik Hoftrup: „Die Hausdame".

Es ist seltsam, wie reich dies kleine, arme, ernste Dänemark an Lustspieldichtern. Fast ein Dutzend kam schon zu uns zu Gast: Hjalmar Bergström, Anker Larsen, Julius Magnussen, Olga Ott, Gustav Eßman, Gustav Wied u. a. Und die führenden deutschen Theaterdirektoren, die mit so großer Aengstlichkeit neuen deutschen Lustspieldichtern höchstens eine Türspalte öffneten, schlugen breit und mit kommishaften Bücklingen die Doppelportale zurück, um den Ausländern den Weg zu ebnen. Wied und Eßman nahmen den Weg ihres Ruhmes über das reklamebereite Deutschland; die andern verschwanden schnell wie ihre Ware sich nicht als dauerhaft erprobte. Die Dänen sind im übrigen ganz merklich Schüler der Franzosen. Und so bringen sie im Grunde nichts als Ehepikanterien, nur, daß die Hände, die solche Stücke schrieben, nicht französisch glatt gepflegt, sondern hart und schwielig sind, und daß ihre Gewänder nicht nach „Roger und Gallet" duften, sondern nach Seefischen und Schiffspech. Doch bei den Franzosen haben sie gut und mit Erfolg gelernt. Das beweist auch Erik Hoftrup mit seiner „Hausdame", die keineswegs mehr so ganz „neu" ist. Hoftrup gibt die Geschichte einer geschiedenen Frau, die nach Jahren der Wanderschaft noch ziemlich unverwittert vor den Exgatten tritt, der in der Zeitung eine Hausdame sucht. Sie trägt einen Schleier — also erkennt sie der frühere Gemahl nicht sogleich. (Verzeiht, es ist ein Lustspiel!) Dann macht sich diese tüchtige Polly Neumeyster in ihrem alten, kaltgewordenen Nest wieder breit, geht dem einstigen Gatten um die Nase, läßt ihm seine alte Hausjoppe flicken und ihn die abgefransten Oberhemden auftragen und wird schließlich mit Hilfe eines ebenso trottelhaften Mannes, wie es ihr einstiger Gatte war und ist, wieder statt der Hausdame die Dame des Hauses. Sicher wird sie ihm später auch die Pantoffeln flüttern, die Wärmeflasche bereiten und ein braves Weibchen werden. Hm, tata. Bravheit, Bravheit über alles! Ja es geht halt nichts über die gerissenen Weibsen und die — möglichst dämlichen, bitte! — Männer, wenn sie anfangen, sich zum alten Eisen zu zählen.

All dies ist ganz amüsant gemacht, in einem recht flüssigen Dialog gebracht, im zweiten Akt sogar mit einem Schuß Dramatik durchsetzt und — — behaglich; so behaglich! Man lacht manchmal, aber über Dagewesenes. Und schon viel besser Dagewesenes. In Strindbergs „Wetterleuchten" schmeißt der Gatte seine wiederkehrende Ehehälfte hinaus, bei Hoftrup bittet er sie, schlotterhosig, ihm noch einmal das Bett zu wärmen. Dort mit Glut und bitterem Ernst dichterisch Bleibendes, hier geschickt von einem Macher auf die Lachmuskeln eingestelltes dramatisches Feuilleton. Aber das deutsche Lustspiel ist spärlich, so nimmt man die Auslandsware. (Kondensierte Milch und Oelsardinen aus Dänemark sind mir vorderhand lieber als Hoftrupsche Lustspiele.)

Ueber Heinz Brede als Spielordner läßt sich nur Gutes sagen. Stücke dieser intim-harmlosen Gemütlichkeit versteht er hübsch herzurichten; als Schauspieler gab er einen Monokel-Rechtsanwalt mit gutsitzendem Cutaway und beginnenden Stockschnupfen. Elsa Landory hätte in der Titelrolle, aus der der Verfasser nichts Rechtes zu machen vermochte, zeigen können, was sie daraus zu machen imstand ist. Das tat sie aber nicht, sondern blieb auf der Linie nicht gerade verletzender Mittelmäßigkeit. Doch Walter Jung als verknöcherter Sonderling mit gebrochenem Tonfall erinnerte mich mehr als einmal an Bassermanns virtuose Typenkunst und auch über Fritz Blumhoff (Jan Liebetraut) werden wir vermutlich noch oft von Herzen lachen können. W. O.

Aus den Ostprovinzen.

Ohra. Am Sonntag 8¾ Uhr morgens trifft sich die „Arbeiter-Jugend" an der evangelischen Kirche zur Besichtigung der Technischen Hochschule in Langfuhr.

Gr.-Golmkau. Einem größeren Schadenfeuer fielen am Dienstag nachmittag vier Wirtschaftsgebäude des Besitzers Sammler zum Opfer. Das Wohngebäude schien gleichfalls äußerst bedroht. Während der Viehstand gerettet werden konnte, ist die gesamte diesjährige Ernte vernichtet. Der Eigentümer ist nur mäßig versichert. Es wird Brandstiftung vermutet.

Kahlberg. Am 22. September d. Js. waren auf dem Frischen Haff durch Umkippen eines Segelkutters der Architekt Krämer aus Elbing, der Oberleutnant Sellmer aus Thorn und der Unteroffizier Kolmar aus Allenstein ertrunken. Während Krämers Leiche gefunden wurde, konnte man die beiden andern Leichen nicht bergen. Jetzt endlich ist die Leiche Kolmars zwischen Frauenburg und Tolkemit an den Strand angeschwemmt worden.

Graudenz. Ein schwerer Unglücksfall, der zwei Menschenleben hätte töten können, ereignete sich am Dienstag nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof. Der Lehrer Glatz aus Plement bei Rehden und dessen Ehefrau versuchten, den bereits in Fahrt befindlichen Zug 4.46 Uhr nach Geßlershausen zu besteigen. Trotz der Warnungen der Bahnbeamten sprang Glatz auf das Trittbrett und versuchte, seine Frau in das Abteil hineinzuziehen. Hierbei kamen beide zu Fall. Der Ehefrau wurden beide Beine abgefahren, während der Ehemann mit einer blutenden Kopfverletzung davonkam. Die beiden Personen wurden sofort ins Krankenhaus gebracht, wo der Frau beide Beine amputiert werden mußten.

Lokales.

Menschheitsbefreiung.

„Ich habe Ihnen mein Leben und Wirken bloßgelegt. Ich bin, was ich war. In vielen Punkten habe ich mich weiter entwickelt, im wesentlichen stehe ich auf demselben Standpunkt wie vor zweiundzwanzig Jahren. Meinen persönlichen Vorteil habe ich nie gesucht; wo es die Wahl galt zwischen meinen Interessen und Prinzipien, habe ich nie gezögert, meine Interessen zu opfern. Ich bin nicht ein Verschwörer von Profession, nicht ein fahrender Landsknecht der Konspiration. Nennen Sie mich meinethalben einen Soldaten der Revolution — dagegen habe ich nichts. Ein zwiefaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, das heißt die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel will und werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht!

W. Liebknecht vor den Leipziger Geschworenen am 11. März 1872.

Verkauf militärischer Baulichkeiten. Heute vormittag kamen mehrere große Schuppen der Militärverwaltung zur öffentlichen Versteigerung, so in Brösen (Fort) der Artillerieschuppen 4 mit Feldschmiede, die dortigen Wellblechbaracken 1, 2 und 3, ferner der Geschützrohrschuppen 4 und Artillerieschuppen 3 der Hafenbatterie auf der Westerplatte und schließlich das Friedenspulvermagazin in Neufahrwasser am Fischmeisterweg und zwei Fortifikations-Holzschuppen der Hafenbatterie. Die noch gut erhaltenen Gebäude kommen zum Abbruch.

Abgabe von Lebensmitteln. In der heutigen Nummer unserer Zeitung werden wiederum die Lebensmittel bekanntgemacht, die am Sonabend und im Laufe der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Unfall. Beim Einfahren eines schweren, mit Brettern beladenen Wagens in den Holzlagerschuppen der Firma Scheffler in der Werftgasse traf gestern die Deichsel einen mit dem Einsteuern beschäftigten Angestellten so schwer in die Bauchgegend, daß der Getroffene mit anscheinend schweren inneren Verletzungen zusammenbrach. Mit dem Sanitätswagen wurde der Kranke dem Lazarett zugeführt. er ist verheiratet und schon lange Jahre im Betrieb der Firma.

Veranstaltungen.

Volkshochschule Danzig.

Der zweite künstlerische Abend der Volkshochschule erhält ein lokales Sonderinteresse durch die Mitwirkung von Hugo Socnik, dem neuen Klaviermeister des Riemann-Konservatoriums, der bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in Danzig öffentlich zu hören sein wird. Der Künstler, der in den Jahren 1907-08 selbst bei Max Reger studiert hat, bringt u. a. auch eine Anzahl ausgewählter Klavierkompositionen dieses modernen deutschen Meisters zum Vortrage, darunter die schnell berühmt gewordene Gavotte aus dem „Tagebuch". Bei der Programmwahl ist geflissentlich von den großen Werken abgesehen worden, da gerade in den im Konzertsaale nie zu hörenden kleineren Kompositionen Schätze verborgen sind, die wenigstens teilweise auch auf dem häuslichen Klavierpult einen Platz finden können.

Im literarischen Teil des Abends wird [illegible] eine Novelle von Rudolf Hans Bartsch „Die Schauer im Don Giovanni" zu Gehör bringen, die zu dem Besten gehört, was Bartsch geschaffen, und welche ein Kleinod deutscher Erzählungskunst ist. Zum Schluß bringt Herr Karl Brückel Ibsens Ballade „Terje Vigen", sowie den „Befreiten Prometheus" von Dehmel zum Vortrag.

Karten sind bei W. F. Burau, Langgasse 39, erhältlich.

Lucy Kieselhausen, die weltbekannte und berühmte Tänzerin, die unter andern kürzlich in Kopenhagen vor ausverkauftem Hause tanzte, errang bei Publikum und Presse einen geradezu sensationellen Erfolg. Die Kopenhagener Presse schreibt: Wien ist, was Lucy Kieselhausen tanzt — Wiens Leichtigkeit und Lebensfreude und Raffinement: In Chopins Walzer eine süße und schmiegsame Offenbarung, unbewußt ihrer eigenen Macht und Glut — und in Griegs „Sterbende Rose" gibt sie ein Meisterstück, mit den diskretesten Mitteln ausgeführt: die voll erblühte Rose, über deren Blättern man bereits graue Schatten sich breiten sieht. Sie schwebt und schwankt auf ihrem feinen ranken Stengel, entfaltet sich ein letztes Mal der Sonne entgegen und stirbt. — Bei dem letzten Gastspiel im Berliner Opernhaus war der Erfolg laut Berliner Presse sensationell, und Lucy Kieselhausen ist unstreitig wohl die beste der Gegenwart. Ueberall in allen Städten des In- und Auslandes tanzte sie vor ausverkauften Häusern. — Karten im Vorverkauf bei Spiro, Langgasse 2.

Die „Künstlerspiele" im Danziger Hof wurden gestern abend eröffnet und brachten dem neuen Unternehmen einen vollen Erfolg. Wir kommen morgen ausführlich auf die Darbietungen zurück.

Filmschau.

Der Programmwechsel:

U.-T.-Lichtspiele, am Hauptbahnhof: „Die Austernprinzessin", groteskes Pracht-Ausstattungslustspiel von Ernst Lubitsch mit Ossi Oswalda, Harry Liedtke und Viktor Janson.

Lichtbild-Theater Langenmarkt 2: „Das Herz des Casanova mit Bruno Kastner. „Der ledige Hof", von Ludwig Anzengruber.

Odeon- und Eden-Theater, Holzmarkt und Dominikswall: „Rausch", Tragödie nach Strindberg, mit Asta Nielsen, Alfred Abel, Karl Meinhard. „Die Lüge der Pia Mahren", mit Magda Madelein und Karl Beckersachs.

Passage-Theater, Kohlenmarkt 14: „Die Lieblingsfrau des Maharadschas", indischer Liebesroman mit Gunnar Tolnaes und Lilly Jacobsohn.

Danziger Zentral-Lichtspielhaus, Langgasse: „Das Hexenlied, kulturhistorisches Filmwerk in 5 Teilen mit Wanda Treumann. „Der eiserne Käfig", Detektiv-Filmschlager in 5 Akten. Außerdem: Prächtige Naturaufnahmen.

Metropol-Lichtspiele, Dominikswall: „Die Hochzeitsnacht". Ein Abenteuer in 3 Akten mit Lissi Krüger. „Die dasterben, wenn sie lieben. Drama in 4 Akten mit Wanda Treumann in der Hauptrolle. Wotans Tochter". Filmschwank in 2 Akten.

Gedania-Theater, Schüsseldamm 53—55: „Die Prostitution", sozialhygienisches Filmwerk, mit Anita Berber, Gussy Holl u. a. „Richard schwärmt für das Türkische", großes Lustspiel.

Aus den Ostprovinzen.

Altfelde. Der „M. N.-Ztg." wird folgendes geschrieben: Der hiesige Arbeiterrat hatte von einer Schiebung in Altfelde Kenntnis erhalten. Bereits seit mehreren Nächten waren Aufsichtsorgane bei der Arbeit, um hier Aufklärung zu schaffen. Gestern abend wurde nun in Altfelde von Mitgliedern des Arbeiterrats, der Polizei und dem zuständigen Gendarmeriewachtmeister beobachtet, wie auf dem Bahnhof Altfelde ein Waggon mit Fleisch, Kohl usw. (also eine Schiebung en gros) beladen wurde, der noch spät abends mit einem Zuge nach Danzig geschafft werden sollte. Jedoch als die Schieberware so ziemlich verladen war, erschienen die genannten Beamten auf der Bildfläche und beschlagnahmten den ganzen Waggon mit Lebensmitteln. Gleich darauf wurde der Waggon an einen einlaufenden Zug gehängt und nach Marienburg gebracht. Hier wurde der Fahrdienstleiter ersucht, den beschlagnahmten Waggon plombieren zu lassen, und auf ein totes Geleise zu schieben. Diesem Wunsche sollte nachgekommen werden. Als jedoch heute morgen seitens des Arbeiterrats eine Revision des Waggons vorgenommen werden sollte, war derselbe bereits fort. Noch in der Nacht gegen 1 Uhr hat der Fahrdienstleiter dem Rangierführer, trotzdem sich derselbe weigerte, den Befehl gegeben, den Wagen an den Zug nach Danzig anzuhängen. So wird also das Schiebertum gefördert.

Königsberg. Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer führte die neugewählten weiblichen Magistratsmitglieder in ihr Amt als unbesoldete Stadträte ein. Es sind dies: Frau Melzer, Frau Harpf und Frau Rohrer. Er betonte bei ihrer Verpflichtung: „Ich bin mir wohl bewußt, daß dieser Einführung eine ganz besondere Bedeutung zukommt, ist doch Königsberg die erste Stadt, die seit heute weibliche Stadträte zählt. Bereits im Mai d. Js. hatte Sie die Stadtverordneten-Versammlung zu Mitgliedern unseres Magistrats gewählt, Sie haben aber damals nicht die Bestätigung der Aufsichtsbehörde gefunden. Nachdem durch ein besonderes Gesetz die Neuwahl der Magistratsmitglieder angeordnet worden war, sind Sie erneut gewählt worden. Sie haben jetzt die Bestätigung der Aufsichtsbehörde gefunden und übernehmen mit dem heutigen Tage ihr neues Amt. Damit ist die Kette der Entwickelung der modernen Frauenbewegung geschlossen."

Aus aller Welt.

Was Trunksüchtige kosten.

Die Pariser „La Presse Soziale" schreibt: Aus einem im Stadtrat von Le Havre vorgelegten Bericht geht hervor, daß von 1912 bis 1917 die Zahl der Trinker 52 auf 259 geisteskranke Männer, die der Trinkerinnen 71 auf 307 geisteskranke Frauen, also stark ein Fünftel bei den Männern und fast ein Viertel bei den Frauen betrug. Somit allgemeiner Durchschnitt rund 22 v. H. Die Geisteskranken kosteten 1918 insgesamt 125 526 Franks. Die Belastung des Gemeindeaufwands für die Geisteskranken durch den Trunk beläuft sich demnach im Jahr auf mindestens 27 490 Franks. „Wieviel Elend hätte die Stadt mit dieser Summe lindern können!"

Der Prozeß wegen der Mannheimer Putsche.

Im Prozeß wegen der Beteiligung an den Mannheimer Putschen, die jetzt das Mannheimer Schwurgericht beschäftigen, erklärte der Staatsanwalt Geisler, daß im ganzen 300 bis 400 Personen unter Anklage gestellt würden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Am Sonnabend, den 18. Oktober und im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe: (4924

1. **Am Sonnabend, den 18. Oktober:**
   a) **125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch** auf die Marke H der 5. Einfuhrzulagekarte, zum Preise von 4,15 M. für das Pfund.
   b) Außerdem bei den Fleischern der durch Danzig zu beliefernden Vororte einschließlich Langfuhr und den Fleischern der **inneren Stadt** mit den Anfangsbuchstaben E bis J (ausschließlich der Markthalle) für die bei diesen angemeldeten Kunden **125 Gramm frisches Fleisch und Wurst** (Kinderkarten die Hälfte), auf Reichsfleischkarte Abschnitt E.
2. **Am Sonnabend, den 18. Oktober:**
   Bis auf weiteres berechtigen neben den Marken 15 und 9 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder auch die **Marken 20 und 14 K** der Lebensmittelkarten zum Bezuge von je ¼ **Pfd. Halbfettkäse** zum Preise von **2,70 M.** für das Pfund oder ½ **Pfd. Magerkäse**, oder ½ **Pfd. Harzerkäse**, oder ¼ **Pfd. Speisequarg** je nach Vorrat in den Geschäften. Die Marken 39 und 30 K der alten Lebensmittelkarten verlieren am Dienstag, den 21. Oktober ihre Gültigkeit.
   Die Geschäfte, die Käse zum Verkauf haben, haben dies durch Aushang bekanntzugeben.
   Die vereinnahmten Marken haben die Geschäfte [illegible] (die zuständigen [illegible]) der [illegible], [illegible] 32, einzureichen.
3. **Am Montag, den 20. Oktober:**
   a) **Auf die Kartoffelkarte: Marke 24 — 4 Pfund und Marke 25 — 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.**
   b) **Auf die Ergänzungskarte: Marke 2 — 4 Pfund und Marke 22 — 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.**
   Die für die Sonntage [illegible] Kartoffelmarken berechtigen auch noch in der neuen Woche zum Einkauf.
4. **Am Dienstag, den 21. Oktober:**
   1. **125 Gramm Butter** zum Preise von **7,80 M.** für das Pfund auf die Marke 2 der Speisefettkarte.
   Die [illegible] erhalten die [illegible] am Montag, den 20. Oktober in der Zeit von 8—12 Uhr in der [illegible], [illegible] Nr. 32.
   2. **Auf die Lebensmittelmarke:**
   a) **1 Suppenartikel zum Preise von 13 Pf.: Marken 21 und 15 K** in Danzig und Marken 5 u. 22 K in den Nachbargemeinden.
   b) **250 Gramm Kindergrießmehl: Kinderkarte Marke 9 und Marke 7 in den Nachbargemeinden.**
   c) **eine ½-Packung Süßstoff: Kinderkarte Marke E** in Danzig und Marke 8 in den Nachbargemeinden.
   d) **250 Gramm Marmelade Marken: 22 und 16 K** in Danzig und Marken 6 und 23 K in den Nachbargemeinden.

Die vereinnahmten Marken für Marmelade haben die Kolonialwarenhändler ihren Großhändlern einzureichen, die sie der Verteilungsstelle weiterzugeben haben. Die übrigen vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.

Danzig, den 16. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Unsere 4. Geschäftsstelle Abteilung für Kriegshilfe, Aufwandsentschädigung, Kaufmanns- u. Gewerbegericht, städt. Fortbildungsschule, Handels- und höhere Handelsschule, Kleingärten und Laubenkolonien, Sportsachen, Ortsausschuß für Jugendpflege, Veteranensachen, Wochenhilfe, Jugendheim für die weibliche Jugend, befindet sich vom Dienstag, den 21. Oktober 1919, nicht mehr im Hause Brotbänkengasse 44, 1, sondern im Hause Große Scharmachergasse 5—6 (Exil-Depot). Des Umzugs wegen bleibt die Geschäftsstelle am Montag, den 20. Oktober ds. Js., geschlossen. (4923

Danzig, den 16. Oktober 1919.

Der Magistrat.

Die Beauftragten des Vollzugsausschusses.

Nur beste, echte Celluloid-

Dauerwäsche

Stehkragen, 3½, 4, 5, 6 cm hoch, 7—9.50 Mark.
Stehumlegekragen, 4, 5, 6 „ „ 10.50—12.— „
Vorhemden und Manschetten je 9.50—12.—
in allen Fassons und Weiten vorrätig. (4657
Seid. Bügelkrawatten 2.50—3.— per Stück.
Dauerwäsche-Inh. E. Heller, Dreherga̲sse Nr. 4.
Versand nach auswärts. Reparatur. werd. ausgef.

Rauchtabak

Feinschnitt, garantiert reine Ware, hat in größeren Posten an Wiederverkäufer laufend abzugeben

Zigarren-Schmidt,

Danzig, Hundegasse 15.
— Fernsprecher 143. — (4859

Transmissionen

1 Transmissionswelle 45 mm, 6,5 m lang
2 „ 35 „ 2 „ „
Hängelager,
eiserne 3-Scheiben[illegible]scheiben 45/39
„ Riemenscheiben 80 mm, 45 cm Durchm.
hölzerne Riemenscheibe 120 „ 19 „ „
„ „ 80 „ 25 „ „
„ „ 60 „ 35 „ „
verkauft einzeln oder im ganzen
Volkswacht, Am Spendhaus 9.

Zietemann & Krieg

Photographisches Atelier

56 Vorstädtischer Graben **56**

Porträts :: Vergrößerungen :: Familien-Gruppen

(3777

Frauen

nehmt Apotheker Wernicke's
Menstruationstropfen (4918
bei Stockungen und Unregelmäßigkeiten der Blutzirkulation. Aerztlich begutachtet.
Erfolg garantiert innerhalb 2 Tagen!
Pro Flasche Mk. 16.—. Extrastark Mk. 18.—.
Versand diskret gegen Nachnahme.
Versandhaus „Excelsior" Nürnberg Weberspl. 11

Filial-Expedition Langfuhr

befindet sich bei

Herrn Steinbeiß

Mirchauerweg Nr. 12, 1 Treppe.

Die Expedition.

Alte Gebisse

auch zerbrochene Teile

kaufe

ich nur Sonnabend, d. 18. Oktober, von 10—6 Uhr

im Hotel Stadt London

Fischmarkt 46.

Zahle pro Zahn bis M 5.— In Gold- und Platin-Platten bis **12.50** Mark

(4917) O. Willig.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Haar kauft zu h. Preis Haar-Körner, Kohlenmarkt 18/19. (4914

Tüchtiger Zimmerer

sucht Arbeit, evtl. auch nach Landarien. Angebote unt. B 19 an die Exped. der Volkswacht, Paradiesg. 32.

Dieses

kleine Inserat hatte in der Volkswacht sehr guten

Erfolg.

Der Inserent schreibt uns: W. S.! Habe einen sehr guten Arbeitsplatz erhalten und kann meinen Kameraden nur empfehlen, ebenfalls zu inserieren.

Arbeitslose erhalten

5 Zeilen gratis gegen Vorzeigung der Monatsquittung. Ein Inserat schafft die Möglichkeit zur Erlangung von

Arbeit.

Buchdruckerlehrling

findet gute Lehrstelle bei Carl Bäcker, Röpergasse 7. (4835

Winkelzüge.

Ein Beitrag zum Kapitel: „Wer verschuldet die Streike?"

Die scharfmacherische Presse und neben ihr auch der größte Teil der übrigen bürgerlichen Blätter bringen fast täglich hetzerische Artikel gegen die Arbeiterschaft über Streik und Streike. Dadurch versuchen sie die Arbeiter für das Elend, in dem wir uns befinden, verantwortlich zu machen. Es kann aber nicht oft genug wiederholt werden, daß das Elend und die Not durch die wüste Kriegshetze derjenigen Blätter hervorgerufen ist, die jetzt täglich die Arbeiter beschimpfen und denunzieren. Nicht immer sind die Arbeiter die Schuldigen, sondern meistens sind's die Unternehmer, die ihren Herr-im-Hause-Standpunkt noch immer nicht aufgeben wollen und dadurch zu Streiks herausfordern.

Wenn Danzig in den nächsten Tagen einen Bauarbeiterstreik durchmachen muß, so sind daran die Unternehmer schuld.

Durch zentrale Verhandlungen wurde der jetzt für das Baugewerbe bestehende Reichstarif vereinbart. Die Parteien hatten außerhalb des Vertrages durch eine protokollarische Erklärung folgendes vereinbart:

„Bei wesentlichen Aenderungen der Preise für den Lebensunterhalt ist jede Partei berechtigt, beim Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen über die Lohnfrage zu beantragen. Diesem Antrag muß seitens der andern Parteien binnen 14 Tagen stattgegeben werden, jedoch dürfen Verhandlungen nicht vor dem 15. Juli 1919 beantragt werden."

Mit dieser Vereinbarung hofften die Unternehmer für sich die Grundlage für Lohnherabsetzungen innerhalb der Vertragszeit zu schaffen. Sie rechneten im Frühjahr bei Abschluß des Vertrages fest auf ein baldiges starkes Fallen der Preise. Umgekehrt rechneten die Arbeitervertreter mit einem weiteren Steigen der Preise, und sie wollten durch die obige Vereinbarung die Möglichkeit einer Erhöhung der Löhne innerhalb der Vertragszeit schaffen. Einig waren sich die Parteien, daß das Reichsarbeitsministerium feststellen sollte, ob eine wesentliche Teuerung eingetreten sei.

Auf Grund dieser Vereinbarung wurde am 12. und 13. August im Reichsarbeitsministerium in Berlin verhandelt. Die Verhandlungen leitete im Auftrage des Reichsarbeitsministers Regierungsrat Haußmann. Die Verhandlungen endeten mit folgendem Einigungsvorschlag:

Das Reichsarbeitsministerium schlägt vor, sich auf folgender Grundlage zu einigen:

1. Die Parteien sind sich darüber einig, daß im Baugewerbe über Gewährung einer Teuerungszulage verhandelt werden soll.

2. Das Reichsarbeitsministerium erachtet unter Gegenüberstellung der Verhältnisse vom 1. April und der Gegenwart eine solche Teuerungszulage im allgemeinen von 5 Prozent bis steigend je nach den Teuerungsverhältnissen in den einzelnen Orten zu 10 Prozent für angezeigt, wobei nicht ausgeschlossen werden soll, daß in einzelnen Orten die Teuerungszulage unter 5 Prozent bleiben und in einzelnen Orten 10 Prozent überschreiten kann. Es muß dies der örtlichen oder bezirklichen Prüfung im Einzelfalle vorbehalten bleiben.

3. Die Parteien vereinbaren, daß die örtlichen oder bezirklichen Verhandlungen sofort aufgenommen werden sollen. Soweit dabei eine Einigung nicht erzielt wird, ist Antrag auf Entscheidung bis 1. September d. Js. an das Haupttarifamt zu richten, dem amtliches bezw. gemeinsam festgestelltes statistisches Material über die seit 1. April d. Js. eingetretene Zunahme der Teuerung beizufügen ist.

Kampfesmaßnahmen vor der Entscheidung des Haupttarifamtes sind nicht zulässig.

Die hiesigen Bauarbeiterorganisationen hatten sofort nach dem Bekanntwerden des Einigungsvorschlages örtliche Verhandlungen beim Arbeitgeberverband beantragt. Dieser antwortete, daß er nicht in der Lage sei, sofort Verhandlungen einzuberufen; er werde später den Verhandlungstag bekannt geben. Die örtlichen Verhandlungen fanden am 8. September statt. Durch diese Verschleppungstaktik glaubten die Unternehmer sich um die Teuerungszulage zu drücken. Sie hatten aber die Rechnung ohne den Deutschen Bauarbeiterverband gemacht, denn dieser hatte inzwischen, um nicht die Frist — den 1. September — beim Haupttarifamt verstreichen zu lassen, beim Haupttarifamt eine Entscheidung über die Höhe der Teuerungszulage beantragt. Wäre eine Vereinbarung am Orte erzielt, dann wäre der Antrag zurückgezogen worden.

Auf Grund des amtlichen statistischen Materials über die Zunahme der Teuerung wurde eine Teuerungszulage von 10 Prozent gefordert. **Bei den örtlichen Verhandlungen am 8. September lehnten die Unternehmer nicht nur diese, sondern überhaupt jede Teuerungszulage trotz der amtlichen Nachweisung über Preissteigerungen ab.**

Die Verhandlungen vor dem Haupttarifamt fanden am 29. und 30. September und am 1. Oktober statt. Bei diesen wurde vereinbart, daß für die Gebiete Westpreußens, in denen über die Teuerungszulage noch keine Vereinbarung getroffen ist, eine Teuerungszulage von 15 Pfg. die Stunde vom 18. September ab zu zahlen ist. Die Arbeiter erklärten sich um des lieben Friedens willen mit dieser Vereinbarung einverstanden, weil sie die Verträge, die auf Treu und Glauben abgeschlossen sind, für sich für verbindlich befinden. Das Gleiche mußte man vom Arbeitgeberverband annehmen, weil auch der Vertreter der Arbeitgeber von Danzig sich mit dieser Vereinbarung für seinen Verband einverstanden erklärte. Aber der Arbeitgeberverband scheute die Ruhe im Baugewerbe und sandte dem Deutschen Bauarbeiterverband nachfolgendes Schreiben:

In der heutigen Sitzung des Landesverbandes der Arbeitgeber im Baugewerbe ist beschlossen worden, die Teuerungszulage von 15 Pfg. die Stunde mit Wirkung von der auf heute folgenden Lohnperiode ab zu zahlen.

Die Ortsverbände der Provinz und die Mitglieder von Danzig-Stadt sind heute benachrichtigt worden.

Der Vorstand: Riechert.

Der Vorsitzende erklärte bei den darauf vom Deutschen Bauarbeiterverband zuwege gebrachten mündlichen Verhandlungen, daß die Teuerungszulage vom 18. September dann nachgezahlt wird, wenn der Arbeitgeberverband das amtliche Protokoll vom Haupttarifamt hat.

Was soll dieses Manöver bedeuten? Die Unternehmer wissen ebenso gut wie die Arbeiter, daß das Protokoll noch lange auf sich warten lassen kann. Aber warum nun das amtliche Protokoll? Es waren doch zwei Vertreter der Arbeitgeber von Danzig bei den Verhandlungen zugegen, und zwar für das Hochbaugewerbe Herr Dr. Leske und vom Tiefbaugewerbe Herr Jansson. Schenken die Unternehmer ihren eigenen Vertretern kein Vertrauen und keinen Glauben, so sollte man doch Herrn Lauser-Königsberg, Vorsitzenden des Ostpreußischen Landesverbandes der Arbeitgeber im Baugewerbe, der die Vertretung der beiden Danziger Herren vor dem Haupttarifamt übernommen hatte, befragen. Der könnte ja bestätigen, daß die Teuerungszulage vom 18. September gezahlt werden soll.

Aber die Unternehmer kommt es darauf gar nicht an. Sie wollen die Arbeiterschaft reizen und die Erbitterung zur Siedehitze treiben. Die Unternehmer stützen ihre ganze Kraft auf die Abtrennung von Deutschland und glauben dadurch die Arbeiterschaft mürbe zu bekommen. Wir wissen, wohin der Weg geht. Sie finden uns bereit. Die Unternehmer wollen den Widerstand der Arbeiter herausfordern, weil sie die Zeit für gekommen halten, mit einem großen Schlage die Errungenschaften der Arbeiterschaft wieder zertrümmern zu können.

Der frivole Versuch der Unternehmer, die Arbeiterschaft wieder um die erkämpften Rechte zu bringen, ist nur der Zersplitterung der Arbeiterschaft selbst zu verdanken. Die unliebsamen Vorgänge in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft während der verflossenen Monate haben den Unternehmern die Ueberzeugung verschafft, daß ihre Zeit wieder gekommen sei. Man ist wieder soweit oder meint wenigstens, wieder soweit zu sein, daß anstelle beiderseitigen Uebereinkommens wieder die rücksichtslose Herrenfaust eines vorrevolutionären Unternehmertums regieren kann.

Aber soweit sind wir nicht. Bei der Arbeiterschaft besteht der einheitliche Wille, den Angriff der Unternehmer auf ihre Mitbestimmungsrechte mit allen Mitteln abzuwehren. Die Arbeiterschaft will den Kampf nicht, aber sie weicht ihm auch nicht aus. Sie verlangt, daß die Unternehmer das Versprechen ihres Vertreters vor dem Haupttarifamt einlösen. Tun sie dies nicht, dann ist der Kampf unvermeidlich. Er ist hervorgerufen durch die Schuld der Unternehmer. Dann wird wieder einmal bewiesen, daß nicht die Arbeitsunlust der Arbeiter die Streike schafft, sondern das reaktionäre Vorgehen der Unternehmer.

A. Brill.

Lokales.

Wann?

Die „Danziger Zeitung" weiß in ihrer heutigen Morgenausgabe nach „sicherer Quelle" zu melden, daß Danzig erst mit der Uebernahme durch den Völkerbund aus dem deutschen Reichsverbande ausscheidet und nicht schon, wie teilweise angenommen wurde, mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages. Besondere Anordnungen für die Uebergangszeit, die die Verwaltung, das Gerichtswesen usw. angehen, sind deshalb nicht notwendig.

Gut Ding will Weile haben. Das soll nicht heißen, daß die „vaterlandslosen Gesellen" sich nun danach drängen, vom Reiche losgelöst zu werden. Aber das Herumschweben in der Luft — in einem anderen Zustande lebten wir ja nicht mehr — war unhaltbar. Die Unsicherheit wirkte denkbar ungünstig, vor allem auf den Handel. Auch die Gesamtbevölkerung, in erster Linie die Arbeiterschaft, wird die Regelung der Angelegenheit begrüßen. Die Sicherstellung der sozialen Errungenschaften, die im deutschen Reichsverbande Schritt für Schritt erkämpft worden sind, ist damit wenigstens vorerst gewährleistet.

Die Hafenarbeiter zur Ostsee-Blockade.

Am Montag, den 13. Oktober, fand in Neufahrwasser in der „Deutschen Flotte" eine Versammlung der Sektion Hafenarbeiter statt, die sich mit der von der Entente angeordneten Blockade der Ostsee und der damit für die Hafenarbeiter verbundenen Arbeitslosigkeit beschäftigte. Kollege Werner gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die politische Lage und die Ursachen, welche im Baltikum zu den haltlosen Zuständen geführt haben. Er gab der berechtigten Empörung der Hafenarbeiter dahin Ausdruck, daß dem Wirtschaftsleben durch diesen neuen Raubzug der Entente wiederum ein schwerer Schlag versetzt würde. Da durch dieses Vorgehen die Schiffahrt in der Ostsee vollkommen lahmgelegt wurde und somit den Hafenarbeitern eine längere Arbeitslosigkeit droht, so ist es notwendig, daß die Hafenarbeiter ihre Stimme erheben und an die Reichsregierung und den Magistrat das dringende Ersuchen um Unterstützung in ihrer Notlage stellen, um sie vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren.

In der sehr ausgedehnten Diskussion äußerten sich die Kollegen im Sinne der gemachten Ausführungen und beschlossen, an die Reichsregierung und den Magistrat mit dem Ersuchen heranzutreten, durch Bereitstellung von Mitteln die Existenz der notleidenden Hafenarbeiter sicherzustellen.

Sodann wurde zu der vom Verbandsvorstand nach Berlin einberufenen Hafenarbeiterkonferenz Stellung genommen und die aufgestellte Tagesordnung eingehend besprochen. Es wurde allseitig begrüßt, daß der Hauptvorstand endlich den Hafenarbeitern die Möglichkeit schafft, gemeinsam zusammenzukommen, um sich über ein einheitliches Vorgehen zur Wahrung ihrer Berufsinteressen zu verständigen.

Des weiteren wurde die Schaffung von Unterkunftsräumen für die Hafenarbeiter dringend gefordert und die Verbandsleitung beauftragt, in diesem Sinne bei den zuständigen Stellen zu wirken. Ein diesbezüglicher Antrag, der sich auch an die Konferenz richtet, fand einstimmige Annahme. Zu der Konferenz wurden als Delegierte die Kollegen Werner, Selinski, Mischkowski, als Vertreter Serotzki bestimmt.

Auch die schlechte Lebensmittelversorgung Danzigs nahm einen breiten Raum in der Diskussion ein. Es wurde hervorgehoben, daß die Hafenarbeiter bei ihrer schweren Arbeit eine bessere Ernährung verlangen müßten. Auch nach dieser Richtung hin wurden der Verbandsleitung die nötigen Aufträge erteilt.

Danziger Frühjahrsmesse 1920.

Vom 18. bis 25. Februar.

Der Gedanke, in Danzig ständige offizielle Messen zu errichten, erhält jetzt greifbare Form. Am 15. Oktober hat im Rathause unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Sahm eine Sitzung stattgefunden, in der die nach Frankfurt entsandte Kommission Bericht erstattete über das, was sie gelegentlich dieses Besuches gesehen hat. Stadtrat Dr. Evert war der Sprecher der Kommission, der an seine Ausführungen Betrachtungen über die Lehren, die die Danziger aus dem Gesehenen zu ziehen haben, knüpfte. Es konnte festgestellt werden, daß der Besuch der Kommission in Frankfurt für die kommende Danziger Messe sehr wertvoll gewesen ist, zumal in Frankfurt eine Reihe von Organisationsfehlern zutage traten, die man in Danzig nunmehr von vornherein ausschalten kann. Es wurden sodann bindende Beschlüsse für die Ausführung des Messegedankens gefaßt. Als Titel wurde „Danziger Frühjahrsmesse 1920" festgelegt und beschlossen, die Messe in den Tagen vom 18. bis 25. Februar stattfinden zu lassen. Die Raumfrage ist in Danzig glücklich gelöst. Die Messe wird in den Gebäuden des ehemaligen Korpsbekleidungsamtes des 17. Armeekorps untergebracht. Das Gelände dieses Amtes weist 5 bis 6 große massive Häuser auf, die jetzt schon völlig leer sind, außerdem ebensoviele Baracken, die sich zu Ausstellungszwecken sehr gut eignen. Wenn Danzig auch nicht mit einer prunkhaften Festhalle dienen kann, so sollen die Einzelhäuser doch so ausgestattet werden, daß die praktische Seite der ganzen Veranstaltung mehr Zufriedenheit finden soll, als man sie in Frankfurt in der Festhalle beobachten konnte. Die hier zur Verfügung stehenden Räume sind hell und hoch, modern ausgestattet, mit Zentralheizung und elektrischem Licht versehen, auch die Baracken heizbar. Ohne kleinere Umbauten wird es ja nicht abgehen, immerhin steht die Geeignetheit außer jedem Zweifel. Die Nähe des Bahnhofes, der vorhandene Gleisanschluß bis an die Ausstellungshäuser usw. sind Vorteile, die die Aussteller angenehm empfinden werden. Da die Messe international werden soll, rechnet man mit einer großen Vertretung des Auslandes. Das Messeamt ist bereits gebildet und wird am Montag seine Tätigkeit aufnehmen. Es befindet sich in den Parterre-Räumen des Hauses Langgasse 47, telephonisch durch die Anschlüsse des Rathauses zu erreichen. Alle Zuschriften in Messe-Angelegenheiten sind zu richten an das Messe-Amt der Stadt Danzig.

Die Dienstpflicht der alten Unteroffiziere im Reichsheer. Vertreter der hiesigen Ortsgruppe des Reichswirtschaftsverbandes derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten hatten seinerzeit mit dem Reichswehrminister Noske Rücksprache genommen, ob sich die Unteroffiziere, die schon eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich haben, bei der Bildung des Friedensheeres am 1. April 1920 nochmals auf 12 Jahre verpflichten müßten. In den letzten Tagen ist von Berlin, wie Beamtenstellvertreter Aeltermann gestern in einer Versammlung der Ortsgruppe des Reichswirtschaftsverbandes derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten mitteilte, der Bescheid gekommen, daß diese Frage noch nicht entschieden sei. Die Angelegenheit ist insofern von Wichtigkeit, als nach dem Friedensvertrage die Dienstpflicht für Soldaten und Unteroffiziere im kommenden Friedensheer 12 Jahre betragen soll.

Weiteres vom Schwurgericht. Für die nächste Schwurgerichtszeit sind noch folgende weitere Strafsachen zur Verhandlung angesetzt worden: Am 29. Oktober gegen den Landwirt Johann Murawski aus Zellgosch wegen versuchten Mordes und Körperverletzung. Am 30. Oktober gegen den technischen Hilfsarbeiter Adolf Felix aus Charlottenburg wegen Urkundenfälschung. Am 30. Oktober gegen den Arbeiter Gustav Rexin aus Praust wegen Totschlags usw. Am 31. Oktober gegen den Heizer Franz Rosemann aus Danzig wegen Landfriedensbruchs. Am 3. November gegen den Arbeiter Otto Kroll und den Arbeiter Franz Sehnke aus Zoppot wegen Totschlags. Am 4. November gegen den Maurer Viktor Mischke aus Neustadt wegen versuchten Totschlags. Am 5. November gegen den Schlosser Walter Steegen aus Wandlitz wegen schwerer Urkundenfälschung. Am 5. November gegen die Arbeiterin Minna Schakeit, ohne festen Wohnsitz, wegen versuchten Raubmordes in Langfuhr.

Der obere Zeughaussaal. In der letzten Sitzung des Vollzugsausschusses kam auch die Zeughausfrage zur Besprechung. Das Zeughaus am Kohlenmarkt hat mehrere Etagen, die unbenutzt sind. In einer Etage sind zwei große Säle, die je 5000 Menschen aufnehmen könnten. Sie haben eine Größe von 66 und 44 Schritt und sind durch einen Gewölbebogen getrennt. Gasheizung und elektrisches Licht sind vorhanden. Der Fußboden besteht aus Fliesen. Darüber sind Böden, die für Turner geeignet wären. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß das Zeughaus Eigentum der Stadt Danzig ist. Es wurde ihr ohne Entschädigung vom preußischen Staate genommen, und die Stadt hat jetzt unbedingt ein Anrecht darauf, dieses Gebäude unentgeltlich zurückzuerhalten, und diese Forderung solle entschieden geltend gemacht werden. Die Stadt müsse Säle zur Verfügung haben. Sie hätte es nicht unterlassen sollen, auch die Sporthalle zu erwerben. Das Zeughaus sollte man zunächst öffnen, um die Verbindung zwischen Jopengasse und Kohlenmarkt herzustellen. Der Vollzugsausschuß beschloß, das Zeughaus zu besichtigen.

Einfache bürgerliche Kost in den Gastwirtschaften. Im Ernährungsamt fand gestern eine Sitzung unter dem Vorsitz von Stadtrat Dr. Grünspan statt, der als Beratungsstoff ein Antrag des Vereins der Gastwirte sowie der Saal- und Konzertlokalinhaber vorlag. Eine größere Anzahl von Gastwirten, ein Vertreter des Oberpräsidiums, der Polizeipräsident, Vertreter der Provinzialbehörden, der Stadt Zoppot und der Verbraucherkammer waren erschienen. Von seiten der Gastwirte wurde darüber geklagt, daß Konkurrenten und Publikum viele Gastwirte dazu drängen, die Ernährungsgesetze zu überschreiten. Die Behörden griffen dagegen nicht genügend ein. Man könne auch ohne Baumkuchen und Schlagsahne auskommen. Die Schleichhandelspreise würden immer höher getrieben. Beklagt wurde auch die Schlemmerei in dem Spielklub in der Melzergasse. Der Polizeipräsident versprach, die Richtigkeit der Behauptung, daß revidierende Beamte bestechlich seien, nachzuprüfen. Es wurde darauf hingewiesen, daß in der Bestrafung ein Unterschied bestehe zwischen gewerbsmäßigem Schleichhandel und sonstigen Vergehen gegen die Ernährungsgesetze. Man einigte sich auf folgenden Standpunkt: Die Gastwirte werden fortan in gleicher Weise beliefert, wie die Mittelstandsküchen. Es werden einfache, bürgerliche Speisen gekocht, wie sie unserer Zeit der Not und Armut entsprechen. Die Gäste haben ihre Marken abzuliefern. Gewerbsmäßiger Schleichhandel wird von den Gastwirten nicht mehr betrieben und sowohl die Gastwirte wie die Behörden werden streng darauf achten, daß der Schleichhandel wirklich ausgeschaltet wird. Etwaige Durchsuchungen erfolgen nur auf Anordnung der dazu Berechtigten. Erwiesene Vergehen sollen empfindlich bestraft werden. Die Gastwirte sind vor unlauterer Konkurrenz zu schützen.

Polizeibericht vom 17. Oktober 1919. Verhaftet: 10 Personen, darunter 1 wegen Verdacht des Diebstahls, 2 wegen Waffenhandel, 7 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Frachtbrief und 1 Schreiben von William Fach an das Vorsteheramt der Kaufmannschaft; 1 Perlenpompadour, enthaltend 1 kleine Portemonnaie mit Geld, Schlüssel, Petschaft usw.; 1 [illegible] 1 Sicherheitsschlüssel; abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Wasserstandsnachrichten am 17. Oktober 1919.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 0,62	+ 0,63	Piekel	+ 0,38	+ 0,38
Fordon	+ 0,52	+ 0,52	Dirschau	+ 0,66	+ 0,66
Culm	+ 0,54	+ 0,52	Einlage	+ 2,34	+ 2,60
Graudenz	+ 0,60	+ 0,60	Schiewenhorst	+ 2,60	+ 2,34
Kurzebrack	+ 0,89	+ 0,90	Wolfsdorf	+ 0,15	+ —
Montauerspitze	+ 0,53	+ 0,53	Anwachs	+ 1,03	+ 1,34

Standesamt.

Todesfälle: S. des Bauarbeiters Julius Bähr, totgeb. — S. des Schiffsführers Bruno Buck, 12 Std. — Fleischermeister Albert Penschuck, 33 J. 5 M. — T. des Arbeiters Johannes Slawitt, 5 W. — Kaufmann, ehem. Kanonier Leo Groth, 21 J. 5 M. — Arbeiter, Füsilier im Garde-Regt. 4 Bruno Dombrowski, 21 J. 6 M. — Witwe Ida Schmidt geb. Danielowski, 63 J. 6 M. — S. des Arbeiters Franz Neitzel, totgeb. — Unehel. 2 Söhne und 1 Tochter totgeb.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loops; für Inserate: Bruno Ewert; Verlag und Druck: J. Gehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Freitag, den 17. Oktober 1919, abends 6 Uhr
Dauerkarten D II.

Der Freischütz

Oper in 3 Akten von C. M. v. Weber.

Sonnabend, den 18. Oktober 1919, abends 6 Uhr
Dauerkarten E II.

Die im Schatten leben

Drama auf der roten Erde von Emil Rosenow.

Sonntag, den 19. Oktober 1919, nachm. 2 Uhr
Ermäßigte Preise.

Liselott von der Pfalz

Lustspiel in 4 Akten von Rudolf Presber und Leo Walter Stein.

Abends 6 Uhr. Abends 6 Uhr.
Dauerkarten ungültig.
Neu einstudiert.

Zigeunerliebe

Operette in 3 Akten von R. M. Wilker und Robert Bodanzky. Musik von Franz Lehar.

Montag, den 20. Oktober 1919, abends 6 Uhr
Dauerkarten A I.

Die Hausdame

Lustspiel in 3 Akten von Erik Holtrup.

Sporthalle.

Dienstag, den 21. Oktober
abends 7¼ Uhr

Tanzabend
Lucie Kieselhausen

Eigene Tänze (unter andere)

Gavotte sentimentale	Mozart
Kobold	Edv. Grieg
Walzer Cis-Moll	Fr. Chopin
Mazurka	
Walzer	P. Tschaikowsky
Dimmy-Dommy, ein lustiger Tanz	Schmidt-Gregor
Sterbende Rose	Edv. Grieg
Czardas	Brahms-Sarasate

Presse. »Berliner Tageblatt«: Ihr Tanz hat Reife und sinnliche Berückung. Die Kunst dieser Tänzerin ist zart wie biegsames Glas, aber »Mazurka« und »Czardas« zeigen, daß sie auch wehend wie eine Flamme sein kann. Ihre Abende sind Triumphe himmlischer Grazie.

Karten bei A. Spiro, Langgasse 2 (M. 2 — M. 8). Ab Dienstag nachmittag 5½ Uhr Abendkasse in der Sporthalle. An der Abendkasse gelangen noch Stehplätze zur Ausgabe. (4921

Damen-Mäntel

für Herbst und Winter

Flottester Formen, gute Stoffe,
beste Verarbeitung,
niedrige Preise. ::
Besichtigen Sie zwangios die
neue, große Spezial-Abteilung

Freymann

(4868

Metropol-Lichtspiele
Dominikswall 12

Wegen des starken Beifalls bis Montag verlängert!

Die Hochzeitsnacht

Ein Abenteuer in 3 Akten mit

Lissi Krüger.

Mit jeder Szene steigert sich das Interesse!

- - die da sterben,

wenn sie lieben.

Drama in 4 Akten.

Der prächtig eingeschlagene Film bietet der Hauptdarstellerin

Wanda Treumann

Gelegenheit, ihr Bestes durch ihr Spiel voll Lust und Leidenschaft in ihren Bann zu zwingen.

Wotans Tochter!

Filmschwank in 3 Akten mit

(4922 *Hansi Heine.*

Neuestes aus aller Welt!

Lichtspiele Danzig
am Hauptbahnhof.
Telephon 1076.

Ab Freitag, den 17. Okt.:

Der beispiellose Erfolg der Filmindustrie!

Die Austernprinzessin

Groteskes Prachtausstattungslustspiel in 4 Akten v. Ernst Lubitsch
In den Hauptrollen:

Ossi Oswalda
die gefeierte große Künstlerin,
Harry Liedtke
und
Viktor Janson

Dazu: (4920

Das große Beiprogramm

Erhöhte Preise!

Gedania-Theater
Schüsseldamm 53/55.

Nur bis einschl. Montag.

Der größte Richard-Oswald-Film

Die Prostitution.

Sozialhygienisches Filmwerk
mit wissenschaftlicher Unterstützung von San.-Rat Dr. Magnus Hirschfeld
in einem Vorspiel und 6 Akten.

Hauptdarsteller:

Anita Berber	Reinhold Schünzel
Gussy Holl	Conrad Veidt
Rita Clermont	Fritz Beckmann
Margo Köhler	Ferdinand Bonn
Klaus v. Sievers	Werner Krauss

Richard schwärmt fürs Türkische.
Großer Film-Schwank. 4519

Ab Freitag, den 24. Okt.: **Schmutziges Geld.**

Preise der Plätze: Sperrsitz 1.80 M, 1. Platz 1.50 M, 2. Platz 1.30 M, 3. Platz 1.10 M.

Familien-Varieté
Schüsseldamm 6 Groß-Danzig Schüsseldamm 6

Täglich Vorstellungen.

An Sonn- u. Feiertagen täglich 2 Vorstellungen.
— Nachmittags billige Preise. — (4398

Deutscher Eisenbahner-Verband

Sonntag, den 19. Oktober 1919, findet im kleinen Saale der Zimmerlerinnung, Schüsseldamm 42, die

Monatsversammlung

des Deutschen Eisenbahner-Verbandes statt.
Das Erscheinen der Mitglieder ist Ehrensache.
(4924 Der Vorstand.

Künstlerspiele

Dir.: Alex Braune **DANZIG** Art.-Leiter: Alfred Müller
Hotel „Danziger Hof“.

Eröffnungsprogramm:

Kurzes Gastspiel der javanischen Tempeltänzerin **Takka-Takka**

Toni Steinmann	Alfred Müller
Cilli, Edelberg, Barbakoff	Ciselatus
Anni Behre	Walter Bährmann
Marcell Beissier	4 Schwestern Graff

Adolf Karnbach, Heldentenor. (4882

Konzertorchester - Leiter: Violin-Virtuose Hans Stefi.

Sonntag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr:

TANZTEE

Tanzaufführungen — Vorträge.

— Konzertleitung des bekannten Violin-Virtuosen Stefi. —

Preise der Plätze: Terasse u. Orchestersessel M 7.50, Parkettsessel M 6.50, 1. Tischplatz M 5.—, 2. Tischplatz M 3.50.

Rettung

bei Rheuma, Gicht, Hexenschuß, Ischias, Gliederstellheit, Nervenschmerzen und ähnlichen Leiden bringt sofort das ärztlich verordnete

Mesai

Fl. M. 2.75 allein echt durch:

Adler-Apotheke, Ohra, (4265
Engel- „ Tischlerg. 68,
Drog. O. Bolsmann, Kass. Markt 1a
„ A. Jahnke, Weidengasse,
„ E. Fesel, Junkerg. 12.
Rhenania-Drog., 4. Damm 6,
Drog. W. Gassner, Altst. Grb. 19-20
Hansa-Drogerie, Poggenpfuhl 1,
Drog. A. Lindenberg, Kohleng. 2,
„ K. Koch, 1. Damm 12,
„ H. Schubert, Langgart. 111,
„ B. Schulz, Schidlitzerg. 7,
„ Th. Stylo, Fischmarkt 1-3,
Löwen-Drogerie, Paradieng. 5.

Kleine Fuhren

macht flink Mbl. Brauh. Opt.
(4151

Verlangen Sie die „Volkswacht“ in den Gaststätten.

Volkshochschule Danzig

Zweiter künstlerischer Abend

Montag, 20. Oktober, abends 7½ Uhr
in der Aula der Oberrealschule St. Petri, am Hansaplatz.

Mitwirkende: Pianist **Hugo Soczalik**, Lehrer am Riemann-Konservatorium (Klavier); Regisseur **Karl Brückel** vom Danziger Stadttheater und Dr. **Ernst Jellinek** (Rezitationen).

Programm-Folge:

1. **Reger,** Klavierstücke aus den verschiedensten Zeiten seines Schaffens.
2. **Rudolf Hans Bartsch,** Die Schauer im Don Giovanni (Novellen).
3. **Chopin,** Walzer Cis-moll, Nocturne Des-Dur, Ballade As-Dur.
4. **Ibsen,** Terje Vigen. (4995
5. **Dehmel,** Der befreite Prometheus.

Numerierte Plätze zum Preise von M 2.50, Stehplätze für M 1.50, (Mitglieder 25% Ermäßigung) sind bei W. F. Buran, Langgasse 39 und an der Abendkasse erhältlich.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Bühnenleitung Willy Koßmann.

Freitag, den 17. u. Sonnabend, den 18. Oktober abends 6½ Uhr:

Die Geisha

Operette in 3 Akten von Sidney Jones.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr nur an der **Theaterkasse** Sonntag von 10-3 Uhr.

Uhren

Große Auswahl

in silbernen und goldenen Damen- u. Herren-Uhren. Weckeruhren in allen Preislagen. (4897

Reparaturen zu soliden Preisen.

S. Levy Nachfl.,
Uhrmacher, nur Breitg. 28.

Städt. Großmarkt

für Gemüse und Obst, Danzig
An der neuen Mottlau — Hopfengasse
(Wasserseite Anlegeplatz der Stettiner Dampfer, nahe der Milchkannenbrücke).

Verkaufszeit 7 bis 12 und 2 bis 5 Uhr.

Bis auf weiteres:

Obstverkauf an Privat-Personen
zu Großhandelspreisen:

Aepfel und Birnen

auch (4889

Winterobst

In Mengen von nicht unter 50 Pfund.

Verpackungsmaterial ist mitzubringen.
Verkauf gegen sofortige Zahlung.
Fernsprecher 3661 und 3517.